3. JAHRGANG 1971 ERSCHEINT IN BERLIN 15.7.71 Nr. 18

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG

UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

WOHLFAHRT made in U.S.A.

Die New Yorker Wohlfahrts-Sektion der Progressive Labor Party (PLP) hat diese Broschüre geschrieben, damit die Bevölkerung die Wahrheit über das Wohlfahrtssystem erfährt.

Warum gibt es Wohlfahrtsempfänger? Ein Grund liegt laut Aussagen der Zeitungen und des Fernsehens darin, daß die Wohlfahrtsempfänger Gauner und Tagediebe sind, die statt arbeiten zu gehen, lieber von den Steuern der arbeitenden Bevölkerung leben. Viele Arbeiter glauben, daß das wirklich stimmt.

Aber in Wirklichkeit führen die meisten Wohlfahrtsempfänger einen ständigen Kampf, um von der Wohlfahrt wieder unabhängig zu werden. Die Wohlfahrtsunterstützung ist zu niedrig, als daß irgendjemand davon anständig leben könnte. Sogar die unterbezahlteste Arbeit bringt einem Arbeiter ungefähr das Doppelte ein.

Da viele Menschen auf die Lüge, die Wohlfahrtsempfänger seien "Gauner", nicht hereinfallen, bieten die Zeitungen und das Fernsehen auch liberalere Erklärungen an. Sie sagen, daß die meisten Klienten der Wohlfahrt "sich unserer Gesellschaft nicht anpassen können". Entweder sie haben nicht die "richtige" Erziehung, Berufsausbildung oder Moral, oder sie sind "nicht hinreichend motiviert", oder sie "verstehen es nicht, die Chanden, die die Gesellschaft ihnen bietet, auszunutzen".

Alle diese feinen Erklärungen sollen uns zu verstehen geben, daß an unserer Gesellschaft durchaus alles in Ordnung ist - außer den Menschen, die in ihr leben. Das eine Mal werden sie zu Gaunern, das andere Mal zu Versagern erklärt.

INHALT:

WARUM GEHEN DIE WOHLFAHRTSEMPFÄNGER NICHT ARBEITEN ?

In den USA gibt es heute insgesamt 10 Mill. Männer, Frauen und Kinder, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Die meisten Klienten in New York City sind Schwarze und Puertoricaner, doch auf die gesamten USA bezogen, ist die Mehrheit weiß. New York hat mit ungefähr 1 Mill. Klienten die höchste Konzentration in den USA.

Ungefähr 79 % der Klienten in New York City sind Kinder und ihre Mütter, die, weil sie für sie sorgen müssen, nicht arbeiten gehen können. Da es ungefähr 190 000 "Wohlfahrtsmütter" gibt, muß es ebenso viele Väter geben, die ihre Familien nicht ernähren. Viele sind Ehemänner, die ihre Familien vorübergehend oder für immer verlassen haben. Viele waren nie verheiratet. Manche dieser Väter sind in der Armee, aber die meisten arbeiten, um sich selbst zu ernähren - sie selber erhalten keine Wohlfahrtsunterstützung. Warum ernähren sie ihre Familien nicht?

Wenn wir uns die Arbeitsmöglichkeiten in New York City ansehen, dann sehen wir, daß New York mehr ungelernte, unterbezahlte Arbeitsstellen hat als fast jede andere Großstadt der USA. Die Wirtschaftszweige, die die meisten Menschen beschäftigen, sind u. a. die textilverarbeitende Industrie, die Hotels und Krankenhäuser, Verkehrs- und allgemeines Versorgungswesen, Immobilien- und Versicherungsfirmen und die öffentlichen Behörden mit ihren Hunderttausenden von Angestellten. In diesen Wirtschaftszweigen werden vor allem Schwarze und Puertoricaner zu einem möglichst niedrigen Lohn beschäftigt. Der Grundlohn beträgt ungefähr 70 Dollar die Woche.

New York City hat im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten der USA keine Konzentration der Schwerindustrie. Die Durchschnittslöhne, welche in New York bezahlt werden, sind weit hinter die zurückgefallen, welche in anderen Städten ausgezahlt werden. 1950 stand New York City bezüglich des Durchschnittslohns der Produktionsarbeiter an 10. Stelle; 1966 an 31. Stelle. Die Lebenshaltungskosten sind jedoch in New York die höchsten im ganzen Land - sie liegen ungefähr 11 % über dem Durchschnitt. (Zahlenangaben des Arbeitsministeriums).

Die meisten unterbezahlten Jobs, z. B. in der textilverarbeitenden Industrie, den Hotels, Krankenhäusern und Büros, bieten keinerlei Sicherheit für die Arbeiter. Entlassungen sind häufig (die Arbeit ist oft saisonbedingt), und die Arbeiter gehören meist keiner Gewerkschaft an - bestenfalls einer Gewerkschaft wie die der Damenbekleidungsindustrie, die auch nicht das geringste tut, um Verbesserungen für die Arbeiter zu erkämpfen.

Für einen Arbeiter, der wöchentlich 70 oder sogar 80 Dollar nach Hause bringt, gibt es in New York City praktisch keine Möglichkeit, eine Familie zu ernähren. Dies ist nur möglich, wenn der Mann gleichzeitig zwei Jobs hat, oder wenn die Frau auch arbeitet. Aber wenn sie kleine Kinder haben, kann die Frau wahrscheinlich nicht arbeiten - auch wenn sie eine Stelle finden sollte. Geht die Frau arbeiten und verdient sowieso nur 60 Dollar die Woche, dann lohnt es sich nicht, jemanden für die Beaufsichtigung der Kinder zu bezahlen, denn dies ist sehr teuer. Eine Kindertagesstätte mit niedrigen Gebühren könnte Abhilfe schaffen, aber in ganz New York City gibt es Tagesstättenplätze für weniger als 10 000 Kinder. Auf den Wartelisten stehen zweimal so viel Kinder, wie augenblicklich in den Tagesstätten untergebracht sind. Mit anderen Worten, die Chancen, für die Masse der Kinder einen Platz in einer Tagesstätte zu finden, sind nicht gerade gut.

Wenn jeder Arbeiter in New York City in der Woche mindestens 150 Dollar verdienen würde, dann könnten die meisten Familien, die heute von der Wohlfahrt leben, von den Vätern ernährt werden. Aber die Fabrikbesitzer werden kaum dazu bereit sein, denn ihre Profite in den großen Industrien hängen davon ab, daß die Löhne pro Woche nicht mehr als 70 bis 80 Dollar betragen.

Es gibt fast niemanden, der sein Leben lang von der Wohlfahrt unterstützt wird. Die männlichen Klienten beziehen Wohlfahrtsunterstützung meist nur wenige Wochen, Monate oder Jahre ihres Lebens. Die übrige Zeit über arbeiten sie. Die meisten "Wohlfahrtsmütter" haben wenigstens einige Jahre gearbeitet - gewöhnlich in niedrig bezahlten Stellen wie im Haushalt oder in den Ausbeuterbetrieben der Textilindustrie - bevor sie Wohlfahrtsunterstützung bekamen. Diese Mütter haben Kinder, die sobald sie alt genug sind, meist arbeiten gehen und damit von der Wohlfahrtsunterstützung unabhängig werden. Sie gehen auch dann arbeiten, wenn sie damit noch lange nicht genug verdienen, um anständig zu leben.

Auch wenn eine Frau mit Kindern für die meiste Zeit ihres Lebens Wohlfahrtsunterstützung erhielte, würde sie zur Arbeiterklasse gehören, denn sie ist durch Herkunft und soziale Beziehungen nach wie vor mit ihr verbunden. Gewöhnlich ist der Vater Arbeiter, ebenso die Verwandten und engeren Freunde. Die Frauen und Kinder von Argbeitern gehören, wie immer, auch dann zur Arbeiterklasse, wenn sie selbst nicht arbeiten.

Mehr als alles andere trägt der Rassismus in den USA dazu bei, daß die Arbeiterklasse gespalten ist. Viele weiße Arbeiter arbeiten Seite an Seite mit Schwarzen oder sehen sie Tag für Tag überall in der Stadt arbeiten, und trotzdem glauben sie nicht, daß die Schwarzen in der Mehrzahl Arbeiter sind. Das hat seine Ursache darin, daß die Presse und das Fernsehen den weißen Arbeitern einreden, die Schwarzen seien faul und arbeitsscheu und würden am liebsten von der Wohlfahrt leben. Die Wahrheit ist aber, daß 90 % der Schwarzen zur Arbeiterklasse gehören. Dieser Anteil liegt sogar höher als bei den Weißen, weil kaum ein Schwarzer die Chance hat, Fabriken, Banken oder Geschäfte zu besitzen oder auch nur Rechtsanwalt, Arzt oder dergleichen zu werden.
In Städten wie New York City ist der Anteil der Schwarzen und Puertoricaner unter den Klienten relativ hoch, nicht weil die Schwarzen und Puertoricaner nicht arbeiten, sondern weil sie für ihre Arbeit unterbezahlt werden und vor allen anderen entlassen werden. Diese Männer machen die schwerste und schmutzigste Arbeit. Sie werden auch dadurch diskriminiert, daß sie zuletzt geheuert und zuerst gefeuert werden und kaum Aufstiegsmöglichkeiten haben. Die Schwarzen werden herausgehalten aus den hochbezahlten Bereichen wie z. B. Bauindustrie.
Die Mütter und Kinder bei der "Wohle" sind Arbeiterfamilien , aber das Familienleben ist ein Luxus, den sich diese Arbeiter nicht leisten können. Die niedrigen Löhne, die Arbeitslosigkeit, die fortwährenden Entlassungen und die ständig steigenden Lebenshaltungskosten bringen viele Arbeiter dazu, ihre Familien zu verlassen, damit sie Wohlfahrtsunterstützung erhalten - womit sie oft besser dran sind - während die Väter weiterhin sich selbst ernähren. Die Kinder dieser Väter werden arbeiten gehen, sobald sie alt genug sind - vielleicht in denselben unterbezahlten Jobs wie ihre Väter vor ihnen. Vielen "Wohlfahrtsmüttern" gelingt es, einen Job und einen Babysitter zu finden, damit sie wieder arbeiten gehen können, einige Monate oder Jahre lang, bis sie den Babysitter oder den Job verlieren und wieder auf die Wohlfahrt angewiesen sind.

Ungefähr 1 500 Mütter mit Kindern müssen jeden Monat die Wohlfahrtsunterstützung erneut in Anspruch nehmen, obowhl sie im sieben Jahr erst unabhängig geworden sind. Der häufigste Grund ist der, daß sie ihre Arbeitsstelle verloren haben. Viel mehr Mütter würden arbeiten gehen, wenn es genügend Tagesstättenplätze gäbe und dazu noch anständig bezahlte Arbeit.
Der größte Teil des amerikanischen Volkes gehört zur Arbeiterklasse : alle die Männer und Frauen, die in den Fabriken, Büros und sonstigen Betrieben arbeiten sowie ihre Familien. Das sind die Menschen, die in unserem Land den gesamten Reichtum schaffen. Sie produzieren die Nahrungsmittel, die Bekleidung, die Wohnungen, die Transportmittel. Ohne sie könnten die Monopole nicht funktionieren. Aber die Arbeiterklasse ist nicht im Besitze der Fabriken, Büros, großen Gesellschaften und Banken. Arbeiter und ihre Familien gehören zur Arbeiterklasse, ob sie viel oder wenig verdienen oder auch für einen Teil ihres Lebens arbeitslos sind.

> Vorankündigung
> In der NÄCHSTEN NUMMER der SPK lesen Sie u. a.:
> Sozialatlas - Sozialplanung
> In der Reihe Kritik der Methoden der Sozialarbeit:
> Soziale Gruppenarbeit

Das verstehen wir unter Arbeiterklasse : Menschen, die nicht zu den Besitzern von großen Gesellschaften und Banken gehören, Menschen, die nicht über andere Arbeiter herrschen, Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. Dies schließt auch die Nachbarn ein, die gerade in einer Klemme stecken und Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen.

Die Presse, das Fernsehen, das Radio und die Schulen verbreiten die Ansicht, daß die Klienten der Wohlfahrt nichts als Diebe, Rauschgifthändler und Prostituierte seien. Sie verbreiten diese Lügen, damit niemand auf die Idee kommt, die Klienten zu unterstützen, wenn sie gegen die ständigen Preiserhöhungen und Kürzungen des Sozialetats protestieren. In Wirklichkeit sind es aber die Wohlfahrtsempfänger, die am meisten unter Dieben, Einbrechern und Gangstern zu leiden haben, da die Polizei hilfreich bemüht ist, die Kriminellen aus den Wohnvierteln der Reichen fernzuhalten, so daß sie gezwungen sind, die Arbeiterklasse auszuplündern.
Ein Teil der Arbeiterklasse ist immer arbeitslos. Diese Arbeitslosen würden bald einen bedingungslosen Kampf gegen das System beginnen, wenn es nicht solche Programme gäbe wie die Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützung. Das Wohlfahrtssystem, wie wir es heute kennen, wurde während der großen Weltwirtschaftskrise geschaffen, als noch mehr Leute arbeitslos waren als heute und dagegen kämpften.

Wenn es immer Arbeitslose gibt, bedeutet das, daß die Arbeiter in Konkurrenz zueinander stehen, was zur Folge hat, daß die Löhne niedrig gehalten werden. Daher ist die gesamte Arbeiterklasse von der Arbeitslosigkeit eines kleinen Teils der Arbeiter betroffen. Das Wohlfahrtssystem hilft, die Löhne niedrig zu halten, indem Steuern von höher bezahlten Arbeitern abgezogen werden und teilweise ausgehändigt werden an die Familien der niedrig bezahlten oder arbeitslosen Arbeiter - anstatt daß die Kapitalisten gezwungen würden, höhere Löhne zu zahlen. Dieses System hilft also, die Arbeiterklasse in höherbezahlte-niedrigbezahlte und Arbeitslose zu spalten. Es verhindert, daß die Arbeiterklasse vereint gegen ihren gemeinsamen Feind - die Kapitalistenklasse - kämpft. Die Regierung benutzt lieber Steuergelder, um das gesamte Wohlfahrtssystem zu unterhalten, als die Mindestlöhne, die von den Fabrikbesitzern bezahlt werden müssen, auf ein zumutbares Niveau zu heben. Nicht nur die Interessen der Klienten, auch die der gesamten Arbeiterklasse werden durch ein solches System verraten, welches vor allem dazu dient, die Löhne zu drücken.

DER KAMPF DER WOHLFAHRTSKLIENTEN

Seit ungefähr 1960 hat es eine wachsende Zahl von Streiks der Arbeiter gegeben. Ebenso wuchs die Zahl der Rebellionen der Schwarzen und Puertoricaner . Auch der Kampf der Wohlfahrtsabhängigen gegen das System, das sie unterdrückt, hat sich seit 1960 laufend verschärft.

Der Kampf der Wohlfahrtsklienten begann damit, daß mehr Druck auf die Wohlfahrtsbehörden ausgeübt wurde, um die Unterstützung für Bekleidung und Hausrat zu erhöhen. Als der Kampf sich ausweitete, organisierten die Klienten Demonstrationen und Sit-ins in den Büros der Behörden und zwangen die Regierung dadurch, ihnen mehr Geld zu geben. Die Sozialarbeiter, die über die äußerst schlechten Lebensbedingungen der Klienten im klaren waren, halfen in der Regel ihren Klienten, Druck auf die Behörde auszuüben.

In New York City wuchs dieser Kampf bis zum Sommer 1968 an, als Tausende von Klienten die Büros der Wohlfahrtsbehörden blockierten und ausreichende Unterstützung für die Anschaffung von Kleidung u. ä. forderten. Als Antwort darauf wurde die Unterstützung für Kleidung, Hausrat, usw. in ganz New York City vollständig eingestellt! Viele kleine Organisationen der Klienten, hauptsächlich der "Wohlfahrtsmütter", entstanden in der ganzen Stadt, obwohl die große Mehrheit der Klienten sich vorher noch keiner Organisation angeschlossen hatte.

Sobald sich diese "Wohlfahrtsrechtsorganisationen" gebildet hatten, begann die Regierung, den Führern dieser Gruppen Geld zu geben und sogar die Gründung von neuen Organisationen zu unterstützen. Heute gibt es im ganzen Land verstreut ein Netz von diesen kleinen Organisationen, die sowohl von verschiedenen regionalen Behörden als auch von der Bundesregierung in Washington gegründet worden sind.

Warum unterstützt die Regierung solche "Wohlfahrtsorganisationen"? Schließlich hatte die Regierung in New York City die Unterstützung selbst gekürzt und überall versucht, diese und ähnliche Ausgaben so niedrig wie möglich zu halten. Was beabsichtigen sie damit?

Als der Kampf der Schwarzen und der Wohlfahrtsempfänger in den Gettos begann, entwickelte die Regierung Programme wie die "Buros of Economic Opportunity" (Büros für wirtschaftliche Unterstützung) und schuf zahlreiche öffentliche "Hilfstellen" in den betroffenen Bezirken. Die Aufgabe dieser Agenturen war es, die hauptsächlichen Sprecher der Massen in den Gettos herauszufinden und ihnen eine Stelle bei der Regierung zu geben. Nachdem einige wenige Leute Stellen mit bedeutungslosen Titeln wie "Verbindungsmann für nachbarschaftliche Zusammenarbeit" erhalten hatten, verbrachten sie die übrige Zeit damit, die Regierung davon zu überzeugen, daß sie unerläßlich seien und daher weiterhin im Sold der Regierung stehen müßten. Und die Regierung ist auch weiterhin bereit, einige Leute zu bezahlen, wenn es dafür in ihren Bezirken schön friedlich bleibt.

Anstatt die Lebensbedingungen der meisten Wohlfahrtsempfänger und anderen Bewohnern der Slums zu verbessern, versuchen diese Programme, die berechtigte Empörung der Massen dadurch zu besänftigen, das sie ihre Führer mundtot machen. Wenn die Bewohner des Bezirks weiterhin Dampf machen, können diese Regierungsangestellten vielleicht eine Tagesstätte oder andere nötige Einrichtung schaffen. Aber meistens können diese Führer für die ausgepowerten Menschen überhaupt nichts erreichen. Währenddessen kann die Regierung ihre Ausgaben für die Wohlfahrt und die anderen sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen in den Gettos zurückschrauben, denn die "Führer" sorgen dafür, daß es nicht zum organisierten Widerstand kommt.

In New York City hat es eine Vielzahl solcher "Anti-Armuts-Prgramme" gegeben. Das hat dazu beigetragen, daß es hier keine Rebellionen wie die von Detroit oder Watts gegeben hat. Weil es

in der Stadt keine größeren Aufstände gegeben hatte, sah sich die Stadtregierung 1969 in der Lage, ihre Ausgaben für die Wohlfahrt noch weiter zu reduzieren. Diese neuen Kürzungen haben zur Folge, daß die Klienten weder für Kleidung, Möbel, Schulbedarf oder sonstige Bedürfnisse Mittel erhalten können, die nicht durch die Regelsätze gedeckt werden.

Demonstrationen, Sit-ins und andere Aktionen der Klienten werden wegen der neuerlichen Kürzungen des Wohlfahrtsetats sicher häufiger werden. Die Klienten fordern nicht nur die dringlich gebrauchten Erhöhungen der Wohlfahrtsunterstützung, sie fordern darüber hinaus höhere Löhne in den schlecht bezahlten Industriezweigen der Stadt, sowie Tagesstätten, damit Mütter mit kleinen Kindern auch arbeiten gehen und sich von der Wohlfahrt unabhängig machen können. Das sind Forderungen, die nicht nur von Klienten, sondern auch von anderen Arbeitern unterstützt werden sollten. Offensichtlich würden alle Arbeiter dadurch gewinnen, daß die niedrigen Löhne in vielen Bereichen erhöht würden. Neue Stellen werden auch dringend benötigt in den unterbesetzten Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen, in den Krankenhäusern und Schulen, bei der Stadtreinigung etc. Die gesamte Arbeiterklasse kann von diesen Forderungen profitieren.

Wenn der Kampf der Klienten um Erfüllung dieser Forderungen sich verschärft, müssen Bündnisse geschlossen werden zwischen den Wohlfahrtsempfängern und anderen Arbeitern, besonders jenen Arbeitern in den am schlechtesten bezahlten Jobs, sowie in den unterbesetzten städtischen Behörden wie Krankenhäusern, Schulen und der Wohlfahrt selbst. Ein starkes Bündnis zwischen Arbeitern und Klienten könnte viele dieser Forderungen nach mehr Arbeitsstellen und besserer Entlohnung durchdrücken. Es würde dazu beitragen, daß sich viele Leute von der Wohlfahrt unabhängig machen und für ihr Leben selbst aufkommen könnten.

DAS BÜNDNIS DER ARBEITER UND KLIENTEN

In New York City haben Arbeiter und Klienten den Aufbau eines solchen Bündnisses bereits in Angriff genommen. Viele Sozialarbeiter haben allmählich erkannt, daß die Anti-Wohlfahrts-Kampagne der Regierung sich nicht nur gegen die Klienten, sondern auch gegen sie selbst richtet. Verschärfte Unterdrückung der Klienten bedeutet eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Sozialarbeiter, die zum größten Teil mit den Klienten sympathisieren, werden schickaniert, wenn sie sich dagegen sträuben, die unterdrückende Politik der Behörde durchzusetzen. Die massive Propaganda der Regierung gegen die Wohlfahrt untergräbt auch die potentielle Unterstützung für die Sozialarbeiter durch die Arbeiter in anderen Industriebereichen. Aus all diesen Gründen erkennen bereits viele Sozialarbeiter, daß es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie den Kampf der Klienten unterstüzen und sich in ihrem eigenen Kampf mit ihnen verbünden.

Viele Klienten erkennen auch, daß die Sozialarbeiter zu starken Verbündeten werden können, da sie gewerkschaftlich organisiert sind und dadurch schon eine Machtbasis haben, um ihren Arbeitgeber, die Regierung, unter Druck zu setzen. Sie können auch unter anderen Teilen der Arbeiterklasse Unterstützung organisieren.

Auf dieser Grundlage haben sich einige Arbeiter und Klienten zusammengetan, um gemeinsam gegen die Regierung zu kämpfen, die ihrerseits natürlich ständig bemüht ist, die Arbeiter und Klienten zu spalten. Durch ihre "Anti-Armuts"-Frontorganisationen (Office for Economic Opportunity etc!) versucht sie, die Klienten davon zu überzeugen, daß die case-worker und nicht die Stadtregierung ihr Feind sei. Sie versucht, die Sache so hinzudrehen, als hätten nur die faulen Sozialarbeiter, die sich nicht um die Klienten kümmerten, das Wohlfahrtssystem so heruntergewirtschaftet, während die hochgestellten Bürokraten der Wohlfahrtsbehörde sich um die Klienten kümmerten. Die Behörde selbst hat die Schikanierung der Sozialarbeiter und die Zerschlagung ihrer Aktionen oft genug damit begründet, daß sie "nur die Klienten schützen wolle".

Die bürokratische Führung solcher Klienten-Organisationen wie der National Welfare Rights Organisation und des städtischen Koordinierungskomitees der Klientengruppen ist es nicht gelungen, die Masse der Klienten für wirkliche Kämpfe zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu gewinnen. Sie spielen direkt in die Hände der Regierung, indem sie die Spaltung der Arbeiter und Klienten vertieft. Denn sie haben einerseits die Idee verbreitet, daß die einzelnen Sozialarbeiter das richtige Ziel der Wut ihrer Klienten ist, und andererseits auch die Propaganda der Regierung unterstützt, die behauptet, Wohlfahrtsempfänger wollten nicht arbeiten, sondern ewig nur von der "Stütze" leben. Sie tut dies, indem sie wiederholt nur eine einzige Forderung in den Vordergrund stellen: sofort mehr Wohlfahrtsgeld. Wenn das wahre Wesen des Wohlfahrtssystems nicht enthüllt wird, und wenn die Klienten nicht auch mehr Arbeitsstellen und anständige Löhne fordern, wird der Kampf der Klienten von dem Kampf der gesamten Arbeiterklasse isoliert.

Gleichzeitig verbreitet die Wohlfahrtsbehörde unter ihren Angestellten die Vorstellung, daß sie deswegen so überarbeitet wären, weil die Klienten "ungerechtfertigte"Forderungen stellten und sich weigerten, nach den "Richtlinien" der Wohlfahrtsbehörde zu leben. Die hohe Fallzahl macht es für den einzelnen Sozialarbeiter schwer, seine Klienten kennenzulernen. Und die Behörde sieht es gern, wenn ihre Angestellten ihre Unzufriedenheit auf die Klienten übertragen, anstatt auf die Behörde, die zu wenig Leute anstellt und sie dazu zwingt, komplizierte und unterdrükkende Maßnahmen durchzusetzen.

So versucht die Regierung die Tatsache zu verschleiern, daß sie in der Tat der gemeinsame Feind der Sozialarbeiter und Klienten ist.

Viele einzelne Leute sind längst zu dieser Erkenntnis gekommen, doch erst vor kurzem hat sich eine Gruppe herausgebildet, um die Klienten und Sozialarbeiter im Kampf gegen die Stadt zu vereinigen: die Worker-Client Alliance. Trotz der heftigen Attacken der Stadtregierung ist diese Allianz gewachsen. Sie führt Aktionen und Demonstrationen durch, fordert höhere Löhne, mehr Tagesstätten, Schulkleidungsgeld für die Kinder der Klienten und Unterstützung für jene Klienten und Sozialarbeiter, die den Angriffen der Regierung ausgesetzt sind.

Die Stadt hat offensichtlich Angst vor der Worker-Client Alliance. Sie versucht, durch Verhaftungen von Klienten, durch Verhaftungen und Suspendierungen der Sozialarbeiter die Alliance zu zerstören. Die Regierung hat eine Verfügung erlassen, die im Effekt den Sozialarbeitern verbietet, sich gesellschaftlich, politisch oder in irgend einer anderen Weise mit den Klienten näher zu befassen, während oder nach der Arbeit!

Trotzdem wächst die Worker-Client Alliance weiter. Die Stärke dieser Allianz und ihr ständiges Wachstum basieren auf dem breiten Kontakt mit den Massen und der Teilnahme am Kampf auf Bezirks- und Stadtebene. Diese Allianz der Klienten und Sozialarbeiter ist der erste Schritt im Aufbau einer größeren Allianz der Klienten und aller anderen Arbeiter im Kampf gegen das Wohlfahrtssystem - ein System , das den Arbeitern und Arbeitslosen der gesamten Arbeiterklasse schadet.

DIE EINZIGE LÖSUNG IST REVOLUTION

Fast alle sind sich einig, daß das Wohlfahrtssystem der USA nichts taugt und daß es viel besser wäre, wenn jeder eine feste Arbeitsstelle hätte, bei der er genug verdiente, um sich und seine Familie zu ernähren. Kein Arbeiter hat ein Interesse daran, daß ein Teil seiner Klassengenossen arbeitslos ist oder daß große Teile so wenig verdienen, daß sie ihre Familien nicht ernähren können. Die Arbeiter wollten niemals ein Wohlfahrtssystem wie das, das in den USA herrscht. Sie wollen arbeiten und einen anständigen Lohn dafür erhalten. Wenn dies so ist, warum gibt es das bestehende Wohlfahrtssystem?

Obwohl wir, die Arbeiterklasse, die große Mehrheit des amerikanischen Volkes ausmachen, obwohl wir den ganzen Reichtum produzieren, haben wir nicht die Kontrolle über das Land. Es wird vielmehr kontrolliert von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung - von denjenigen, die im Besitz der größten Monopole, der größten Banken und Versicherungsgesellschaften sind. Diese Leute bestimmen, welche Leute sich zur Wahl stellen können und gewöhnlich auch, wer gewinnt - denn nur die reichsten Leute in den USA können es sich leisten, einen großen politischen Wahlkampf durchzuführen, und außerdem besitzen und kontrolieren sie die großen Zeitungen, die Radio- und Fernsehsendungen. Sie bestimmen, was an den Schulen und Universitäten gelehrt wird. Indem sie die Regierung kontrollieren, kontrollieren sie auch deren militärischen Apparat - die Armee, die lokale und die Landespolizei etc., die sie dazu gebrauchen, um Streiks, Demonstrationen und andere Widerstandsformen der Arbeiter - einschließlich der arbeitslosen Arbeiter und des schwer arbeitenden Volkes von Vietnam - zu brechen.

Die kleine Minderheit der Reichen arbeitet nicht, sie besitzen aber den größten Teil des Reichtums der USA. Diese Klasse nennen wir Kapitalistenklasse oder die herrschende Klasse.

Die herrschende Klasse ist nicht daran interessiert, daß jeder eine Arbeitsstelle und einen anständigen Lohn bekommt. Sie muß vielmehr versuchen, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, um ihrem eigenen Reichtum zu erhalten.

Ihr System muß immer einen Teil der Arbeiterklasse zu Arbeitslosigkeit zwingen, damit die Löhne gedrückt werden. Ihre Industrien sollen einen Profit abwerfen, nicht nutzbringend Arbeiter beschäftigen.

Das kapitalistische System unter der Herrschaft dieser Klasse ist immer gekennzeichnet gewesen durch niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen, die den Großteil der Arbeiterklasse ins Elend stürzten. Obwohl wir heute keine Wirtschaftskrise haben, gibt es bereits 3 Mill. Arbeitslose (Regierungsstatistik), und dies ohne die große Zahl der Arbeiter, die in der Armee dienen (ca. 3 Mill.), die nicht voll arbeiten (ca. 10 Mill.), oder die Mehrheit der Wohlfahrtsempfänger.

Sogar im Kapitalismus können wir dafür kämpfen, daß es mehr Arbeit und höhere Löhne gibt, um dazu beizutragen, daß sich die Leute von der Wohlfahrt befreien können. Doch solange die herrschende Klasse in den USA an der Macht ist, wird es weiterhin niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen geben. Dies kann nur geändert werden, wenn die Arbeiterklasse die Herrschaft der Kapitalisten bricht und einen neuen Staat unter Kontrolle der Arbeiterklasse schafft. Dies kann nicht dadurch erreicht werden, daß man in der Politik nach den Regeln der herrschenden Klasse mitspielt. Dies bedeutet - REVOLUTION .

Die herrschende Klasse verabscheut natürlich jeden Gedanken an Revolution. Sie hat ihre Kontrolle über den Staat, die Polizei, die Gerichte und die Armee mit dem Ziel eingerichtet, jede Rebellion gegen ihre Herrschaft niederzuwerfen. Mittels ihrer Kontrolle über die Schulen, Zeitungen, Fernsehe- und Radiosender redet sie ständig auf die Arbeiterklasse ein, daß "wir" es hier besser haben als alle anderen Völker der Erde, und daß, wenn Veränderungen gemacht werden müssen, sie natürlich ohne Änderung des gegenwärtigen "demokratischen " Systems erfolgen sollte. Was die Herrschende Klasse in Wirklichkeit meint, ist , daß die Klasse der Reichen die Macht behalten soll.

Weil die herrschende Klasse in den USA das Land so fest in ihrer Kontrolle hat, brauchen wir eine starke, gut organisierte Partei der Arbeiterklasse, um sie zu stürzen und einen neuen Staat der Arbeiter zu schaffen. In den Ländern, in denen dies geschehen ist, wurde die Partei, durch die Theorie des Marxismus-Leninismus geführt.

Die Progressive Labor Party ist eine marxistisch-leninistische Partei, deren Mitglieder in vielen Gewerkschaften, in Arbeiterbezirken mit vorwiegend weißen und schwarzen Arbeitern und an Schulen und Universitäten arbeiten. Wir haben uns an vielen Kämpfen gegen die herrschende Klasse beteiligt, u. a. am Kampf der Sozialarbeiter und Wohlfahrtsklienten. Wir glauben, daß diese Kämpfe, wenn sie richtig organisiert werden, nicht nur weitere Fortschritte erzielen können, sondern auch das Volk für den kommenden großen Kampf vorbereiten werden. Wir wissen, daß es einen langen und schweren Kampf bedeuten wird, in den USA eine Revolution zu machen und die herrschende Kapitalistenklasse von der Macht zu verjagen. Aber wir glauben, daß die Revolution unbedingt notwendig ist, da sie die einzige Lösung für die Probleme des ganzen Volkes ist.

New York 1969

FACHSCHULE ERLITT SCHLAPPE

DIE KANDIDATEN LEHNEN JEDES AUSLESEVERFAHREN STRIKT AB

Platz nur für 120 Studierende/Gegen Numerus clausus

330 Bewerber für das Wintersemester 1971/72 an der Staatlichen Höheren Fachschule für Sozialarbeit Frankfurt haben sich am Montagmorgen geweigert, an Tests teilzunehmen, die über die Zulassung zum Studium entscheiden sollen. Mit diesem Eignungsverfahren wollte die Schule so weit aussieben, daß höchstens 120 Studenten studieren können.

Statt sich mit einem Intelligenztest sowie einem emotionalen Belastungstest zu beschäftigen, trafen sich die Studienbewerber in der Aula des Höheren Wirtschaftsfachschule im Nordwestzentrum, um über ihre Situation zu diskutieren.

In einer Resolution an das Kultusministerium und die Fraktionen des Landtages betonen die Kandidaten, daß sie jedes Ausleseverfahren ablehnen. Sie erklärten sich solidarisch im Kampf gegen den Numerus clausus und beschlossen, das Studium zum Wintersemester geschlossen aufzunehmen.

"Überall werden Sozialarbeiter gesucht", so Gabriele Roth,"aber der Staat ist nicht in der Lage, sie auszubilden. Auf diese Misere wollen wir aufmerksam machen."

Hansgeorg Coner, Sprecher des Aufnahmeausschusses an der Fachschule für Sozialarbeit, erklärte, nur wenn 13 weitere Dozenten eingestellt würden, könnten sämtliche 330 Bewerber im Wintersemester das Studium aufnehmen. Mit den beengten räumlichen Verhältnissen werde man notfalls fertig.

Frankfurter Rundschau v. 29.6.71

Fortsetzung S.19

Zur Geschichte des AKS (II)

In Nr. 17 der SPK vom 4.5.71 haben wir mit dem Abdruck der von der Gruppe "Funktion und Ideologie der Sozialarbeit" erarbeiteten Geschichte des AKS begonnen.

Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Notwendigkeit, damaliges Handeln zu analysieren, Zusammenhänge deutlich zu machen, um daraus für die zukünftige Arbeit zu lernen.

Zugleich halten wir die Darstellung über die Entwicklung des AKS für eine Hilfe bei der Reflexion anderer, sich in vergleichbarer Situation befindlicher Gruppen.

Der 2. Teil, den wir in dieser Ausgabe veröffentlichen, umfaßt den Zeitraum vom Januar 69 bis Oktober 69 und ist nach Schwerpunkten gegliedert.

Bei der Beschreibung der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen, die sich im April 70 auflöste, war, im Interesse der Gesamtdarstellung, die Überschreitung des abgesteckten Zeitraumes erforderlich.

Zum Zeitpunkt der 2. Spaltung arbeiteten im AKS sechs Gruppen: Ausbildung, Funktion u. Ideologie der Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Jugendpflege, Heimerziehung und Bürokratie.

Anhand zweier Gruppen, Gesundheitswesen sowie Funktion u. Ideologie der Sozialarbeit, soll versucht werden, darzustellen, welches die Arbeitsinhalte, die aufgrund objektiver Bedingungen den Gruppen gemeinsame Entwicklung, aber auch bei der Problemlösung unterschiedlichen Konsequenzen waren.

Dabei ist insbesondere die Zusammensetzung der Gruppen aufgrund des Bewußtseinsstandes ihrer Mitglieder von Bedeutung, sowie die Bewältigung der aus der Zusammenarbeit von Sozialarbeitern und Studenten sich ergebenden Schwierigkeiten.

Arbeitsgruppe "Funktion und Ideologie der Sozialarbeit"

In dieser Gruppe des AKS arbeiten Sozialarbeiter und Studenten zusammen; wie es zu dieser Zusammenarbeit im AKS kam und wie die Arbeit im AKS bis zum Herbst 1969 aussah, soll hier als zum Teil symptomatisch für den Verlauf mehrerer Arbeitsgruppen geschildert werden.

An der Freien Universität wurde im Wintersemester 68/69 durch die Auseinandersetzungen in und mit der antiautoritären Bewegung die nur theoretische Arbeit von Seminaren, so auch des Seminars "Theorie der sozialen Rolle", in Frage gestellt. In den Auseinandersetzungen wurde deutlich, daß weder das Bedürfnis nach unmittelbarer Emanzipation, noch die Auffassung, theoretische Arbeit sei die im Moment einzige Form der Praxis, Perspektiven für die von vielen erkannte Notwendigkeit politischer Veränderung abgeben konnten. Aus dieser Erkenntnis galt es, die Konsequenz zu ziehen, daß kritische Seminare und eine kritische Wissenschaft unbefriedigend bleiben mußten, wenn nicht gleichzeitig die Möglichkeit von Eingriffen in die soziale Realität mit in die Arbeit einbezogen würde, also Gelegenheit gegeben würde, das in Seminaren erworbene Wissen an der Praxis zu erproben. Hauptpunkt der Diskussion war also: wie lassen sich theoretische und praktische Arbeit sinnvoll verbinden?

In dieser Situation wurde von Sozialarbeitern der AKS - Arbeitsgruppe "Funktion und Ideologie" der Kontakt zu Seminarteilnehmern hergestellt. Ergebnis der ersten Diskussionen war ein vorläufiges Programm mit Datum vom 20.2.69, das als Grundlage der Zusammenarbeit gedacht war. Die wesentlichen Passagen dieses Papiers sollen zunächst zitiert werden:

"Wir haben festgestellt, daß die derzeitige politische Situation es weder gestattet, rein theoretische Arbeit politisch zu begründen, noch daß die derzeitige Motivation der Studenten... eine bloß theoretische Arbeit zuläßt. Deshalb haben wir vor, gemeinsam mit Sozialarbeitern an einem Projekt zu arbeiten, welches nach dem bisherigen Stand der Diskussion politisch sinnvoll erscheint."

Das Programm sieht weiterhin folgende Aspekte der Arbeit einer Projektgruppe vor:
"Ideologiekritische Analyse der Theorie der Einzelfallhilfe und der Gruppenarbeit
Analyse der Lehrpläne der Sozialakademien
Hospitation bei Übungen zur Einzelfallhilfe
Analyse der Akten einer Sozialbehörde
Teilnahme an Sprechstunden und Hausbesuchen von Sozialarbeitern

Die Zielsetzung war folgende:
Entlarvung der Ideologie der Sozialarbeit und ihrer gesellschaftlichen Funktion
Politisierung der Sozialarbeiter
Politisierung der Fälle selbst
Einsicht schaffen in den kollektiven Charakter ihres ihres Schicksals (der Klienten) und seiner gesellschaftlichen Bedingungen
Selbstorganisation der Klienten"

Die Sozialarbeitergruppe des AKS traf sich seit Herbst 68 regelmäßig; sie war eine aus der Planung des Kongresses entstandene Gruppe. Die Hauptmotivation, inhaltlich über die Funktion der Sozialarbeit zu arbeiten, bestand jedoch nicht in der Erarbeitung von Ergebnissen für den Kongress, sondern wurde bald mehr von dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung der eigenen Arbeit bestimmt.

Zu dem Zeitpunkt, als das oben zitierte Programm entworfen wurde, war den meisten Studenten Sozial-

arbeit ebenso fremd wie den Sozialarbeitern die studentischen Arbeitsweisen. Um die Schwierigkeiten, die hierdurch entstanden, zu verringern und den Bedürfnissen beider Gruppen, der "Praktiker und der" Theoretiker," zu entsprechen, entschloß man sich zu folgender Arbeitsweise:
Der AKS-Arbeitskreis Funktion und Ideologie traf sich einmal in der Woche mit einer begrenzten Zahl von Studenten. Die Sozialarbeiter berichteten aus ihrer Praxis, diese Berichte wurden protokolliert. Nach einiger Zeit ergab sich die Notwendigkeit, diese Berichte zu systematisieren. Zu diesem Zweck wurden 10 Kriterien entwickelt, nach denen das vorliegende Material strukturiert werden sollte. Parallel zu diesem A-rbeitskreis lief im Sommersemester 1969 ein Seminar, an dem Sozialarbeiter nicht teilnahmen, w ohl aber die Studenten des ersten Arbeitskreises. Die Ergebnisse der theoretischen Arbeit, die hier geleistet werden sollte(Z.B. war a-n eine Rollenanayse des Sozialarbeiters gedacht), sollten dann in gemeinsamen Sitzungen mit den Sozial arbeitern diskutiert werden. Für einen späteren Zeitpunkt war eine Zusammenlegung beider Gruppen geplant, die dann im Herbst 69 realisiert wurde.

Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprenegn, auf sämtliche Inhalte der geleisteten Arbeit einzugehen, das Produkt der gemeinsamen A-rbeit war die Ausarbeitung von drei der anfangs 10 Kriterien zur Behinderung der Sozialarbeit und eine vorläufige Einschätzung der Sozialarbeit, beides veröffentlicht in der SPK Sondernummer vom Januar 70.

Die Beziehung der Gruppe zum AKS bestand darin, daß an den etwa einmal im Monat stattfindenden Plenumssitzungen einige Gruppenmitglieder teilnahmen. Die Diskussionen, die dort stattfanden und die sich auf einer abstrakter-politischen Ebene abspielten, als in der kleinen Gruppe, wurden von einzelnen Genossen geführt, die dann im Bewußtsein der Arbeitsgruppenmitglieder "den AKS" darstellten. Identifizieren konnte man sich insofern, als der mehr oder weniger deutlich artikulierte Anspruch aller bestand "etwas verändern" zu wollen. ["Der AKS", also diejenigen, die bei den Plenumssitzungen Wortführer waren, stellten für die Arbeitsgruppenmitglieder eine A rt Organisatoren dar; man nahm es nicht nur als selbstverständlich hin, daß sie immer da waren, sondern man identifizierte sich praktisch mit ihnen, indem man sich nach außen hin (z.B. im Amt), als Mitglied des AKS bezeichnete.]

Z.T.

Eine echteA-useinandersetzung um die Ziele des A KS und damit eine aktive Mitverantwortung der Gruppenmitglieder für den AKS ergab sich , abgesehen von kurzfristigen Einzelaktionen, erst sehr viel später.

Arbeitsgruppe Gesundheitswesen

Diese Arbeitsgruppe gründete sich im Dez. 68. Anfänglich bestand sie aus Sozialarbeitern der TBC-Fürsorge Wedding, die intensiv mit Kollegen anderer Fürsorgebereiche und Studierenden zur Vorbereitung des Kongresses zusammenarbeiteten. Gemeinsam wurde das 1. go-in-Wedding vom 11.12.68 vorbereitet - s. SPK Nr. 17 vom 4.5.71, S. 8.

Im Jan. 69 erfolgte eine Arbeitsgruppen-Mitgliederwerbung in den Gesundheitsämtern verschiedner Bezirke.
Aus Wedding, Schöneberg und Kreuzberg fanden sich Sozialarbeiterinnen der Säuglings- u. Kleinkinder fürsorge zusammen, um in einer Untergruppe ihre Arbeitsbedingungen zu untersuchen und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten.
Ganz systemkonform, denn gesellschaftskritische Ansätze waren anfänglich nicht vorhanden, dachte man dabei an Arbeitserleichterungen.
Parallel dazu wurde ein Arbeitspapier über die TBC-Fürsorge erarbeitet, das jedoch im Gegensatz zum erstgenannten Papier gruppenintern blieb.

Die AG traf sich regelmäßig und besprach hauptsächlich die Arbeitsmisere, die in den Gesundheitsämtern besonders groß ist:
dem Sozialarbeiter ("Gesundheitspfleger") ist auf Grund des noch heute gültigen Gesetzes vom 3.7.34 über die Vereinheitlichung des Gesundheits wesens die Funktion eines ärztlichen Erfüllungsgehilfen bei der Überwachung bestimmter Personengruppen zudiktiert.
Da sich das Gesundheitsamt ganz besonders durch Aufsplitterung in die verschiedensten Unterbereiche auszeichnet, ist der Sozialarbeiter noch stärker in die Vereinzelung gedrängt und die Kommunikation untereinander sehr erschwert.

Gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge wurden von den AG-Mitgliedern erst gesehen, als im Frühjahr 69 2 Medizinstudenten dazustießen.

Zu dieser Zeit hatte sich die Arbeitssituation der Soz.Arb. der Säuglingsfürsorge Kreuzberg bereits so zugespitzt, daß 3 der 10 Soz.Arb. eine gemeinsame Kündigung erwägten.
2 von ihnen waren AG-Mitglieder.
In der AG hatte man den Plan der gemeinsamen Kündigung diskutiert und gutgeheißen. Man erkannte die Ausweglosigkeit der Arbeitssituation, dachte jedoch nicht an Alternativen.
Mit Eifer ging man daran, eine Aktion im Gesundheitsamt Kreuzberg zu starten:
Flugblätter wurden an alle Mitarbeiter verteilt, in denen die Kündigungen öffentlich begründet waren.
In einer daraufhin vom Stadtrat einberufenen Personalversammlung wurde das nochmals geschilderte Anliegen und die Kritik der kündigenden Soz.Arb. von den übrigen Kollegen jedoch nicht verstanden.

Auch in der TBC-Fürsorge Wedding spitzte sich die Lage zu:
wieder wurden die von den Soz.Arb. geforderten Dienstbesprechungen von Monat zu Monat verschoben. Schließlich wurde für den 4.6.69 ein Termin anberaumt, doch ohne Anwesenheit der Ärzte.
Daraufhin entschloß sich die AG zu einer 2. Aktion in Wedding.
Aktiv unterstützt durch die beiden Medizinstudenten, bereitete man eine Demonstration vor.
Der Gesamt-AKS wurde auf dem Plenum vom 28.5., zu dem durch Flugblatt eingeladen worden war, über die Mißstände in den Ges.Ämtern informiert.
In einer Abstimmung sprach sich eine große Mehrheit für die Teilnahme an der geplanten Demonstration aus, unter der Voraussetzung, daß bei evtl. Polizeieinsatz kein Widerstand geleistet würde.
In einer vom AKS-Plenum formulierten Resolution wurde der Leitung der Abt. Gesundheitswesen Wedding die Teilnahme an der Dienstbesprechung vom 4.6. per Einschreiben angekündigt.

Durch eine breit angelegte Flugblattaktion sollten nicht nur die Kollegen in den Ämtern, sondern auch die Weddinger Bevölkerung angesprochen werden (Verteilen von Flugblättern vor Industriebetrieben).

siehe Dokument Nr. I

Seit langem hatte der Gesamt-AKS wieder ein gemeinsames, wenn auch ganz kurzfristiges Ziel: die Demonstration, während man nach wie vor nur eine sehr lose informelle Verbindung zwischen den einzelnen AGs bestand.

Der politische Stellenwert einer solchen Demonstration war weder in der AG Gesundheitswesen, noch auf dem AKS-Plenum diskutiert worden. Man ging davon aus, daß solch eine Aktion die Kollegen wachrütteln müßte und man die Weddinger Bürger vor dem Rathaus in Gesprächen von der Notwendigkeit einer Öffentlichkeitmachung der Mißstände überzeugen könne.
Beide Annahmen bestätigten sich nicht: Ängstlichkeit, Agressionen und Gleichgültigkeit waren die Reaktion der Kollegen auf die durch Polizeieinsatz brutal abgewürgte Demonstration, der auch den Versuch einer Agitation der Weddinger Bevölkerung verhinderte.

War noch in der SPK Nr. 2 vom 30.6.69 zu lesen: "Die Aktion ist vor allem von der mobilisierenden Bedeutung für die Sozialarbeiter zu sehen. Wir werden erkennen müssen, daß eine Agitation in den Ämtern, die verbale Kritik am Arbeitsplatz den Bewußtseinsprozeß allein nicht vorantreibt. In der direkten Konfrontation mit den Autoritäten der Sozialbürokratien wird der Lernprozeß beschleunigt.
Es ist eine elementare Erfahrung jedes Kollegen, wenn er durch Polizeigewalt daran gehindert wird, seine berechtigte Kritik an den bestehenden Strukturen in der Sozialarbeit vorzubringen.
Als wichtigste Arbeit wird für uns eine klare Analyse der Aktion Gesundheitsamt Wedding zu leisten sein, die allen Kollegen in Praxis und Ausbildung zu vermitteln ist",

so zeigt der 2. Artikel der AG Gesundheitswesen in der SPK Nr. 3 vom 31.7.69, daß die angekündigte Analyse kaum in Angriff genommen wurde:
"Die bisherigen Aktionen haben uns gezeigt, daß unsere Arbeit noch zu sehr ohne eine Strategie durchgeführt wird. Es ist uns immer noch nicht möglich, diejenigen zu aktivieren, die direkt betroffen sind, 'die Klienten'.
100 Sozialarbeiter, die an dem letzten go-in teilnahmen, haben eine Frustration mehr erlebt.
...Eine mögliche Basisarbeit haben wir am 4.6.69 versäumt. 100 Strafbefehle wegen Hausfriedensbruchs in einem öffentlichen Gebäude wären eine zu vermittelnde Tatsache gewesen. So bleibt allenfalls für den einzelnen Sozialarbeiter die persönliche Frustration und ein geringer Lernprozeß, der positiv umgesetzt werden muß.
Unsere Strategie für die Zukunft kann nur in einer verstärkten Arbeit über die Mißstände in den Gesundheitsämtern, die Funktion der Gesundheitsämter im Spätkapitalismus und in einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit liegen.
Diese Arbeit wird die nächsten Aktionen bestimmen."

Nach Überwindung einer Krise, die sich u.a. darin äußerte, daß einer der beiden Medizinstudenten ganz, der andere vorübergehend wegblieb, und die Soz.Arb. keinen rechten Arbeitsansatz fanden, stürzte sich die AG im Nov. 69 in die Erarbeitung der "Entwicklung des Begriffs Sozialarbeit".

Im Sommer war durch Vermittlung der Medizinstudenten von der AG kurzfristig Kontakt zu den kritischen Krankenschwestern aufgenommen worden. Damit war formal der Anspruch, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, realisiert.
Die AG entsandte einen Vertreter, der für einige Wochen regelmäßig an den Sitzungen der Krankenschwestern teilnahm.

Als den AG-Mitgliedern bewußt wurde, daß eine Zusammenarbeit eine zusätzliche Mehrarbeit mit sich bringt, was bei dem Umfang der eigenen Probleme nicht möglich schien, ließ das Interesse schnell nach, und der Kontakt wurde abgebrochen.

Während der Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung der Sozialarbeit anhand des Armuts- und Arbeitsbegriffes bot sich die Möglichkeit, projektbezogen zu arbeiten:

Initiatoren des Medizinerladens für Ausländerberatung in der Kreuzberger Urbanstraße hatten sich an die AG um Mithilfe gewandt.
Der Medizinerladen sollte den über ihre Rechte kaum informierten, vom Arbeitgeber ausgebeuteten ausländischen Arbeitskräften mit Hilfe von Dolmetschern und Sozialarbeitern eine ärztliche und soziale Beratung ermöglichen. Gleichzeitig sollten Ansätze zur Selbstorganisation der unterprivilegierten ausländischen Arbeiterschaft geschaffen werden.

Die AG war grundsätzlich zur Mitarbeit bereit. Doch gab es anfangs mangels Zulauf von Patienten keine praktischen Betätigungsmöglichkeiten für die Soz.Arb., später bestand die AG Gesundheitswesen nicht mehr.

Die Wintermonate 69/70 waren deshalb mit theoretischer Arbeit ausgefüllt.
Die ersten Ergebnisse veröffentlichte die AG in der SPK Nr. 8 vom 27.2.70.
Einleitend wurde nochmals registriert, daß die Demonstration in Wedding kein Echo und auch die verschiedenen Flugblattaktionen keine Resonanz gefunden hatten, denn sie "beschrieben lediglich die schon bekannten und kaum noch bezweifelten Mißstände innerhalb der

Dokument Nr.I

ENTSPRICHT DAS GESUNDHEITSAMT NOCH UNSEREN BEDÜRFNISSEN ?

W E N N Sie Verdienstausfall haben, weil Sie z.B. Ihr Kind impfen lassen wollen oder für den Kindergarten untersuchen lassen müssen. Warum richtet der Senat nicht generell Abendsprechstunden in der Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge ein

W E N N durch Vorsogeuntersuchung erkannt wird, daß jedes 10. Kind infolge Entwicklungsstörungen (Bettnässen, Stottern, Nägelknabbern, Seh- u. Hohrschwächen) von der Einschulung zurückgestellt werden muß. Warum gibt es dann nur eine Erziehungsberatungsstelle pro Bezirk? Warum müssen Sie mit Ihrem Kind oft ein halbes Jahr auf eine Untersuchung warten?

W E N N in den Beratungsstellen des Gesundheitsamtes keine individuelle Beratung durchgeführt wird, sondern nur "FLIEßBANDabfertigung" erfolgt

W E N N immer noch Familien mit 3,4, oder mehr Kindern in EINER Stube und Küche leben müssen

W E N N TBC-Kranke immer noch in feuchten, dunklen Wohnungen mit Außentoilette, die von anderen Hausbewohnern mitbenutzt werden, leben müssen

WAS IST DANN EIGENTLICH IN DEN GESUNDHEITSÄMTERN LOS ???

Fortsetzung S.11

Fortsetzung von S. 10

Die Aufgabe des Gesundheitsamts ist es, die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung zu beobachten und Für- und Vorsorgeuntersuchungen vorzunehmen. Gerade für den sozialen Bereich ist der Sozialarbeiter (Fürsorger) verantwortlich.
Er kann aber seine wichtigsten Aufgaben, wie Beratung in Erziehungsfragen, Familienplanung usw. nicht erfüllen, weil er durch unzählige bürokratische Arbeiten überlastet ist.

Selbst die Ärzte des Ges.-Amtes stellen infolge ihrer Ausbildung nur vom äußeren Erscheinungsbild z.B. der Kinder her ihre Diagnose.
Die Familiensituation sowie die finanzielle Lage der Eltern spielen bei der Beurteilung von Störungen für den Arzt keine Rolle.
Das bedeutet, Sozialarbeiter und Ärzte sind unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage, den Betroffenen wirklich zu helfen.
Gesundheitskontrolle und statistische Erfassung werden als vorrangige Aufgaben von der Amtsleitung angesehen.

Die Sozialarbeiter haben erkannt, daß es so nicht weiter geht, und daß die ARBEITSBEDINGUNGEN im Interesse aller VERÄNDERT werden müssen!!!

Unsere Bemühungen, durch Gespräche mit verantwortlichen Stellen Änderungen zu erreichen, sind gescheitert. (*)
Deshalb haben sich die Sozialarbeiter organisiert und wollen zusammen mit Kindergärtnerinnen, Krankenschwestern, Medizinstudenten und Ärzten am

MITTWOCH, dem 4.6.69 um 8.30 Uhr vor dem Rathaus WEDDING (U-Bahn Leopoldplatz, Kirche) sich TREFFEN!

Dort sollen öffentlich die Mißstände mit dem zuständigen Stadtrat, den Ärzten und Sozialarbeitern dieses Ges.-Amtes diskutiert werden.

(*) Aus gleichen Gründen streiken die Kindergärtnerinnen für Ihre Kinder am 10.6.69.

Gruppe Gesundheitsamt im AKS
(Sozialarbeiter)
Sektion Medizinsoziologie

Sozialarbeit. Sie gingen jedoch weder auf die Ursachen dieser Mißstände ein, noch enthielten sie einen positiven Ansatz zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse.

"Damit ergab sich für die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen die Notwendigkeit, analytisch die historische Entwicklung der auch heute noch wichtigsten Inhalte der Sozialarbeit, nämlich Arbeit und Armut, zu erarbeiten. Es soll untersucht werden, inwiefern diese Inhalte im Laufe des Industrialisierungsprozesses unserer Gesellschaft sich verändert haben oder aber unreflektiert auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen übertragen wurden. Die Ergebnisse sollen dazu dienen, neue Ansätze für eine kritische Sozialarbeit zu finden."

Nach einem historischen Abriß des Arbeits- u. Armutsbegriffs von 1550 bis in die heutige Zeit folgt die Erkenntnis:
"Die Tatsache, daß Armut in der bürgerlichen Sozialwissenschaft als persönliches Versagen des Einzelnen definiert wird, schließt die Frage nach gesellschaftlichen Ursachen aus. Diese Auffassung wird auch heute noch in den Ausbildungsstätten für sozialpädagogische Berufe vermittelt. Folglich beschränkt sich die Sozialarbeit darauf, Armut erträglich zu gestalten und in Grenzen zu halten.

Für den kritischen Sozialarbeiter muß eine solche Arbeit, die perspektivlos ist und ihm lediglich die Rolle eines Samariters zuweist, unbefriedigend sein.
Aus dieser Tatsache heraus ergab sich für unsere Arbeitsgruppe die Notwendigkeit, sich mit sozialistischen Analysen von Arbeit zu befassen. Wir beschäftigen uns zur Zeit mit Marx..."

Diese Beschäftigung mit Marx fiel der AG schwer, da der Schulungsleiter, nachdem er die Gruppe von der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Marx überzeugt hatte, wegblieb, und die Gruppe im Grunde nicht wußte, worauf die Arbeit hinauslaufen sollte.

Wie vorher abgesprochen, las man nach Durcharbeitung der Abhandlung Marx' über die entfremdete Arbeit aus den Pariser Manuskripten 1844 - nun ohne Schulungsleiter - "Lohn, Preis, Profit", sowie "Lohnarbeit und Kapital".
Wesentliche Teile der marxistischen Theorie wurden mangels fehlender Anleitung nicht verstanden, außerdem konnte der Bezug zur Praxis nicht hergestellt werden.

Eine derartige "Schulung" mußte an den Bedürfnissen der Teilnehmer vorbeigehen.
Der fehlende Praxisbezug führte dazu, daß die an die Schulung geknüpfte Erwartung, in den Auseinandersetzungen in den Ämtern besser argumentieren und die Kollegen überzeugen zu können, nicht erfüllt wurde.

Die Krise der AG Gesundheitswesen fiel in eine Zeit, in der in allen Gruppen die Erkenntnis wuchs, daß Forderungen nach partieller Demokratisierung scheitern müssen, sofern die reaktionären Kräfte aufgrund fehlender bzw. nur rudimentär stattfindender Klassenauseinandersetzungen dazu nicht gezwungen werden.

Vielen AKS-Mitgliedern gelang es damals nicht, ihre eigene Tätigkeit in den Rahmen einer langfristigen Konzeption gesellschaftlicher Veränderung zu stellen.
Aufgrund der gemachten Negativerfahrungen und der Perspektivlosigkeit der eigenen Arbeit resignierte man.

Im Fall der Gesundheitsgruppe stellte das plötzliche Fernbleiben der Studenten, die als der Kern der Gruppe angesehen werden müssen, sowie das Ausscheiden dreier Mitglieder, die nicht mehr im Gesundheitsbereich tätig waren, eine Verschärfung der Krise dar.

Als die Gruppenmitglieder aufgrund fehlender Motivation immer unregelmäßiger erschienen, löste man sich nach einer Aussprache über die Ineffektivität dieser theoretischen Arbeit im März/April 70 auf.

AKS-Aktionen:

In den hier abgehandelten Zeitabschnitt fallen zwei Aktionen, die für die weitere Entwicklung des AKS von großer Bedeutung waren:
die Demonstration im Rathaus Wedding und die Beteiligung am Streik der Kindergärtnerinnen.

Die Demonstration vom 4.6.69

Im Gegensatz zum go-in vom Vorjahr war der Gesamt-AKS an der Vorbereitung der Aktion im Rathaus Wedding beteiligt. Der Beschluß wurde in einer Plenumsveranstaltung gefaßt. Die Konsequenz der beim go-in ausgebliebenen Solidarisierung war eine detaillierte Vorbereitung der 2. Aktion. Kollegen und Arbeiter der Großbetriebe wurden duch Flugblätter über die bevorstehende Aktion und die Gründe dafür informiert. Im Gegensatz zu der bisherigen Vorgehensweise wurde auch das Problem der Gewalt erörtert.
Die erwartete Solidarisierung blieb trotzdem aus. Das lag jedoch nicht an einer mangelhaften Vor-

bereitung, sondern an der Fehleinschätzung der Macht des Staatsapparats und des Bewußtseinsstandes der von uns zu Agitierenden. Die Reaktion der von den Massenmedien an "Ruhe und Ordnung" fixierten Bevölkerung kam für uns überraschend, da wir uns doch für eine gewaltfreie Aktion entschieden hatten und die Anliegen der sich teilweise massiv gegen uns wendenden Bevölkerung vertraten.

Der Streik der Kindergärtnerinnen

Als der AKS im Januar 69 über den RC und Genossen, die in Kreuzberg tätig waren, Kontakt zu den Kindergärtnerinnen aufnahm, hatten diese bereits eine zweijährige Geschichte:
1967 schlossen sich Tagesstättenleiterinnen in Kreuzberg zusammen, in der Hoffnung, gemeinsam mit der Bürokratie die gröbsten Mißstände in den Tagesstätten beseitigen zu können.
Das Unverständnis, auf das sie bei den Verantwortlichen im Bezirksamt und beim Senat stießen, zwang sie, sich an eine breite Öffentlichkeit zu wenden.
Im Januar hatten die Kindergärtnerinnen mit den Vertretern der Gewerkschaften Verhandlungen aufgenommen. Gemäß ihrer Funktion hatten die Gewerkschaftsbosse jedoch nichts besseres zu tun als abzuwiegeln, indem sie auf die noch katastrophaleren Verhältnisse der westdeutschen Tagesstätten hinwiesen.

Die Stimmung unter den Kindergärtnerinnen hatte inzwischen jedoch einen Punkt erreicht, wo sich die Gewerkschaften ihrer nicht mehr ganz sicher sein konnten. Sie nahmen deshalb Scheinverhandlungen mit Senatsvertretern, ihren Parteifreunden, auf.
Diese Verschleppungstaktik ließ sich nicht unbegrenzt fortsetzen. Der massive Druck der Kindergärtnerinnen zwang die Gewerkschaften, der Abhaltung von Großveranstaltungen zuzustimmen, an deren Leitung jedoch keine Kindergärtnerin beteiligt wurde.
Im Verlauf der ersten Großveranstaltung, die den Gewerkschaften zeigte, daß eine Manipulation der Kindergärtnerinnen nicht mehr ohne weiteres möglich war, nahmen diese, nachdem die Bonzen den Saal panikartig verlassen und die Protestveranstaltung für beendet erklärt hatten, die Weiterführung in eigene Hände. Die mangelhafte Organisierung und die Furcht, den Streik unter dem massiven Druck der Bürokratie ohne die Gewerkschaften nicht führen zu können, hatten zur Folge, daß der für den 10.6.69 angesetzte Warnstreik, der von den Gewerkschaften wenige Stunden vorher abgesagt wurde, nicht stattfand.

Im September, als für die Gewerkschaften völlig unerwartet die Müllarbeiter und Bediensteten der städt. Verkehrsbetriebe streikten, hatte die Eigenorganisation der Kindergärtnerinnen einen hohen Grad erreicht.
Das Vorbild dieser "wilden" Streiks trug dazu bei, daß auch die Kindergärtnerinnen gegen den Willen der Gewerkschaften, die in schöner Gemeinsamkeit mit ihren Freunden in der Bürokratie massiven Druck ausübten, am 22.9.69 steikten. (Ausführliche Darstellungen über Anlaß, Verlauf und Ergebnis des Kindergärtnerinnenarbeitskampfes sind in der SPK Nr. 1 vom 19.5. u. Nr. 2 vom 30.6.69 erschienen).

In der Auseinandersetzung der Kindergärtnerinnen mit der Bürokratie wurde die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung durch den AKS auf mehreren Plenen diskutiert. Trotzdem beschränkte sich die Beteiligung des Gesamtarbeitskreises auf die Herausgabe von Solidaritätserklärungen, das Verteilen von Flugblättern, die Teilnahme an einem Autokorso und an den Großveranstaltungen. Nur wenige AKS-Mitglieder arbeiteten kontinuierlich mit den Kindergärtnerinnen zusammen.
Mangels Kenntnis der Materie und aufgrund fehlender Einschätzungsmöglichkeit des Bewußtseinsstandes der Mehrheit der Kindergärtnerinnen, sowie der unterschiedlichen Auffassungen der AKS-Mitglieder in der Frage des Verhältnissen zu den Gwerkschaften, kam es in den Großveranstaltungen der Kindergärtnerinnen zu Auseinandersetzungen zwischen den AKS-Mitgliedern. Die fehlende Diskussion über Strategie und Taktik innerhalb des AKS wurde hier ausgetragen, was zu einer erheblichen Verwirrung und teilweisen Ablehnung des AKS durch die Kindergärtnerinnen führte.
Hinzu kam, daß die aktiv mitarbeitenden Genossen mit ihrer Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften: Handlanger des Kapitals zu sein, Arbeitskämpfe zu kanalisieren und den 'sozialen Frieden' zu garantieren, in Widerspruch zu der noch idealistischen Auffassung von der Funktion der Gewerkschaften, wie sie die Kindergärtnerinnen hatten, gerieten. In Einzelfällen führte diese unterschiedliche Auffassung zu einem offenen Bruch.
Das Verhalten der Gewerkschaftsbosse korrigierte, besser als jede Agitation durch uns, die Meinung der Kindergärtnerinnen.

Sowohl die Weddinger Demonstration, als auch der Streik der Kindergärtnerinnen zwang die AKS-Mitglieder, die häufig unterschätzte Stärke der reaktionären Kräfte zur Kenntnis zu nehmen.
Die Strafbefehle, Disziplinarverfahren und öffentlichen Diffamierungen gegen AKS-Mitglieder konnten nicht ohne Wirkung auf deren Bewußtsein bleiben. Wir mußten weiter feststellen, daß die über Jahrzehnte manipulierte Bevölkerung die gegen ihre eigenen Interessen gerichtete Ideologie viel stärker verinnerlicht hatte, als von uns vermutet worden war.

Daraus den Schluß zu ziehen, die gesamte bisher geleistete Arbeit des AKS sei gescheitert, ist unzulässig. Die Theorie vom "Marsch durch die Institutionen" und der "revolutionären Berufspraxis", die wir von der Studentenbewegung übernommen hatten, war ein objektiv notwendiger Abschnitt innerhalb der AKS-Geschichte.
Die Fehlschläge ermöglichten nicht nur eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Stärkeverhältnisse, sondern implizierten auch die Frage nach dem Ausweg. Hier liegt der Ansatz für die spätere Erkenntnis, daß gesellschaftliche Veränderungen nicht durch Studentendemonstrationen oder Sozialarbeiteraktionen erfolgen, sondern das Ergebnis objektiver Bedingungen sind, d.h., eine revolutionäre Veränderung nur aufgrund marxistisch-leninistischer Prinzipien im Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie möglich ist.

Da dieser Prozeß Monate dauerte und durch die Auswirkungen der antiautoritären Phase behindert wurde, bestand die vorhandene Organisationsunwilligkeit vorerst weiter. Es ist auch folgerichtig, daß im Herbst 69 in einigen Gruppen mit der Schulung an marxistischen Texten begonnen wurde.

Die Organisationsfrage:

Schon bei der Vorbereitung des geplanten Kongresses ergab sich die Notwendigkeit einer strafferen Organisationsform.
Die Arbeit der einzelnen Gruppen erwies sich als unzureichend koordiniert. Nachdem deutlich wurde, daß der Kongreß zum geplanten Termin (Jan. 69) nicht durchführbar war und damit als stimulierendes Nahziel entfiel, entwickelte sich ein zunehmender Gruppenpartikularismus. Ausdruck fand dieser Trend in der Bearbeitung der unterschiedlichsten Themen in den jeweiligen Gruppen, wobei nur sporadisch nach der politischen Relevanz gefragt wurde.

In dieser Situation versuchten die fortschrittlichsten Kräfte innerhalb des AKS, in den Plenen die Diskussion um die Ziele und die daraus resultierende Organisationsform zu forcieren.
Da innerhalb der Gruppen vielfach überhaupt nicht über Fragen der Strategie, der Organisationsform und des Verhältnisses des AKS zur Außerparlamentarischen Opposition diskutiert wurde, konnte die Auseinandersetzung nur von wenigen Mitgliedern getragen werden.
Wie bereits in der beispielhaften Darstellung zweier AKS-Gruppen deutlich wird, befanden sich die Gruppen in einer Phase der Erarbeitung von Kriterien der Sozialarbeit, sie systematisierten die täglichen Erfahrungen in den Ämtern.
In dieser Situation erschienen der Mehrzahl der AKS-Mitglieder Strategie- und Organisationsdebatten als wenig effektiv, sie hielten ihrer Ansicht nach nur von der "eigentlichen Arbeit" ab.

Nachdem die inhaltliche Diskussion über Ansätze nicht hinauskam, stimmte das Plenum im März 69 der Schaffung eines Organisationskollektivs zu.
Aufgabe des OK sollte sein:
- die öffentlichen Plenen vorzubereiten
- die Arbeitsergebnisse der Gruppen zu systematisieren
- eine Zeitung für die Sozialpädagogen herauszugeben
- ein Zentrum zu schaffen
- Kommunikation zu anderen Gruppen herzustellen

Weiterhin wurde dem OK die eigentlich innerhalb der Gruppen zu lösende Aufgabe übertragen, "eine längerfristige Konzeption zu erarbeiten und sie organisatorisch umzusetzen".
In das OK sollten alle Gruppen regelmäßig Vertreter entsenden, die ihrerseits die Arbeitsergebnisse der OK-Sitzungen wieder in die Gruppen zu tragen hatten.

Die ständige Mitarbeit von Vertretern aller Gruppen gelang jedoch während der ganzen Existenz des OK nicht. Während aus einigen Gruppen Vertreter nur sporadisch erschienen, entsandten andere keine Delegierten. Dementsprechend führte das OK, in dem sich die aktivsten Genossen des AKS zusammenfanden, ein von den Gruppen isoliertes Dasein.

Trotzdem gelang es den sechs bis acht ständigen OK-Mitgliedern, die Zeitung und ein Zentrum zu schaffen.

Die 1. Nummer der "Sozialpädagogischen Korrespondenz" (SPK) erschien im Mai 69.
Ihre wichtigsten Aufgaben sollten sein:
- die von der Bürokratie bewußt geschaffene Trennung zwischen den in den verschiedenen Bereichen arbeitenden Sozialpädagogen (Kindergärtnerinnen, Heimerzieher, Jugendpfleger und Sozialarbeiter) aufzuheben
- die Aufhebung des Theorie-Praxis-Gegensatzes
- umfassende Informationen von der Basis für die Basis zu geben
- Forum aller innerhalb und außerhalb der Institutionen arbeitenden Gruppen zu sein.

Zugleich hofften die Initiatoren, mit der SPK zur Schaffung einer umfassenden Organisation von Sozialpädagogen beizutragen.
So finden wir in den ersten Ausgaben immer wieder den Hinweis auf die Notwendigkeit, sich zu organisieren.
Das im Sept. 69 geschaffene Zentrum hatte die Funktion einer Kontaktstelle - so nahm z.B. die Zahl der aus Westdeutschland kommenden Praktikanten, die sich mit dem AKS in Verbindung setzten, ständig zu -, in der die Informationen gesammelt und jederzeit verfügbar waren.
Zudem löste das Zentrum die Raumfrage für die arbeitenden Gruppen.

Die Schaffung des OK, der Zeitung und des Zentrums wurde von der Mehrzahl der AKS-Mitglieder in den Plenumsveranstaltungen als notwendig anerkannt. Konsequenzen der aktiven Mitwirkung bei der Realisierung leiteten sich daraus aber nicht her.
Bei rückblickender Betrachtung stellt sich zumindest die Frage, ob der AKS zum damaligen Zeitpunkt nicht aufgehört hätte zu existieren, wenn nicht eine kleine, politisch bewußtere Gruppe das erforderliche Minimum an organisatorischen Voraussetzungen geschaffen hätte.

Die [redacted] Konzeptionslosigkeit der verschiedenen Gruppen und damit des AKS konnte die Initiative dieser Genossen jedoch nicht ersetzen.
Dies wurde im Juli 69 besonders deutlich, als im Republikanischen Club (RC) regelmäßig Diskussionen über Ziele und Fragen der Organisation des AKS stattfanden.
Ausgelöst wurde diese Veranstaltungsreihe durch die Kommission Sozialisation (s. Dokument Nr.2), die eine sozialistische Massenorganisation schaffen wollte. Voraussetzung dafür war eine Bestandsaufnahme der arbeitenden Gruppen. Die Kommission bat deshalb Vertreter des OK um Abgabe einer Bilanz der bisher geleisteten Arbeit und der perspektivischen Vorstellungen des AKS.

In der Sitzung vom 3.8.69 war der AKS unfähig, den Vertretern der Kommission eine Stellungnahme abzugeben. Deshalb beschloß man, daß die Gruppen in wöchentlichen Sitzungen ihre bisherige Arbeit und ihre Zielvorstellungen darstellen sollten. Darauf aufbauend sollte eine für den AKS verbindliche Strategie und Organisation entwickelt werden.

Bei der Darstellung der bisher geleisteten Arbeit der einzelnen Gruppen war die mangelnde Reflexion im Hinblick auf die politische Relevanz eklatant. In einem Fall - es handelte sich um eine Arbeitsgruppe, die eng mit einem soziologischen Seminar zusammenarbeitete - wurde deutlich, daß von den zu erwartenden Arbeitsergebnissen bestenfalls fünf Prozent für den AKS brauchbar sein würden. In dieser Gruppe dienten die Sozialarbeiter den Studenten vielmehr als Befragungsobjekte.
Eine weitere Gruppe, der der Mangel an politischer Reflexion offensichtlich erst in dieser Veranstaltungsreihe bewußt wurde, weigerte sich anfangs, überhaupt über die bisherige Arbeit zu berichten.

Immerhin zeigte sich, daß die zwar nie konkret formulierten, jedoch offenbar von allen Gruppen verfolgten Ziele - Agitation der Kollegen und Emanzipation der Klienten - in der Praxis zu entmutigenden Ergebnissen führten. Die Agitation der Kollegen, die in jeweiligen Ämtern sowohl durch Einzelne und Gruppen, als auch in Form von größeren Aktionen - insbesondere die beiden go-in's - erfolgte, erbrachten nicht die erwartete Solidarisierung und als deren Folge die Verunsicherung der Bürokratie.
Auch die Versuche, Klienten zu emanzipieren und sie somit in die Lage zu versetzen, ihre Interessen eigenverantwortlich wahrzunehmen, waren größtenteils gescheitert.

Kollegen, die sich als AKS-Mitglieder aktiv in den Ämtern betätigten, waren erheblichen Repressionen ausgesetzt, in Einzelfällen wurden Disziplinarverfahren eingeleitet und wegen der Teilnahme an Aktionen Strafanträge bei der Justiz gestellt.

Aus dieser Bestandsaufnahme entwickelten sich im AKS zwei Fraktionen.
Die beiden unterschiedlichen Positionen werden nachfolgend (vereinfacht) dargestellt:

Die zahlenmäßig kleinere Gruppe zieht aus der Bestandsaufnahme die Konsequenz, daß im pädagogischen Bereich Tätige nicht agitierbar sind, weil sie aus kleinbürgerlichem Milieu stammen, aufstiegsorientiert und wegen ihres ungesicherten beruflichen Status an Sicherheit fixiert sind. Ihr reaktionäres Bewußtsein ist durch den Kampf der fortschrittlichen Kräfte mit der Bürokratie, die über einen umfassenden Katalog von Disziplinarmöglichkeiten verfügt, nicht zu wandeln. Aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit und des umfangreichen Kontrollapparats der Bürokratie ist es auch dem Klienten nicht möglich, sich zu emanzipieren.
Bei dieser Einschätzung kann sozialistisch orientierte Arbeit in den Institutionen nicht erfolgen, zumal sie die permanente ökonomische und psychische Unterdrückung der sich zu ihr bekennenden Sozialarbeiter zur Folge hat.
Demgegenüber stellt die Arbeit außerhalb der Institutionen, in Schülerläden, Lehrlingskollektiven, mit Gastarbeitern, in Betrieben und Stadtteilen eine konkrete Möglichkeit bewußtseinswandelnder und damit langfristig gesellschaftsverändernde Arbeit dar.

Demgegenüber war die Mehrzahl der AKS-Mitglieder der Ansicht, daß die bisherige wenig effektive Arbeit nicht unbedingt den Schluß der völligen Ineffizienz zuläßt. Die Voraussetzung, sich für oder gegen die Fortsetzung der bisherigen Arbeit zu entscheiden, sollte eine möglichst detaillierte Analyse sein, die bisher nur ansatzweise erstellt wurde. Dabei sollte insbesondere berücksichtigt werden, ob bei der Agitation der Kollegen deren tatsächlichen Bedürfnisse - insbesondere der Wunsch nach Demokratisierung der Ämter - und deren Bewußtseinsstand unter Einbeziehung ihrer Klassenlage ausreichend berücksichtigt worden ist.
Die Fortsetzung der bisherigen Arbeit schließt die Tätigkeit im außerinstitutionellen Bereich nicht aus. Insbesondere ist zu berücksichtigen, ob außerinstitutionelle Arbeit möglich ist, ohne Absicherung von Sozialarbeitern in der Institution, bei deren Fehlen sich die Bürokratie mangels Auseinandersetzung im eigenen Bereich auf die Zerschlagung außerinstitutioneller Initiative konzentrieren könnte

Diese wesentlichen Gegensätze innerhalb des AKS, die Ausgangspunkt für eine Analyse der Situation und Entwicklung einer entsprechenden Konzeption hätten sein können, wurden nicht ausdiskutiert, weil die Anhänger der außerinstitutionellen Arbeit in der OK-Sitzung vom 13.9. ihre weitere Mitarbeit aufkündigten.
Zur Begründung führten sie den mangelnden Bewußtseinsstand der Mehrzahl der AKS-Mitglieder an, der sich in ihrem organisationsfeindlichen Verhalten und in ihrem illusionären Glauben an gesellschaftsverändernde Reformmöglichkeiten innerhalb der Institutionen äußere. Der AKS sei trotz der gemachten Erfahrungen nicht bereit, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Damit war eine weitere Spaltung vollzogen.
Damals war uns klar, daß diese 2. Spaltung anderer qualitativer Art war als die erste Fraktionierung und entsprechende weitreichende Folgen haben mußte.

Aus dieser Erkenntnis heraus bemühte man sich, in Gesprächen zwischen einzelnen Anhängern der beiden Seiten die Spaltung rückgängig zu machen. Diese Initiativen scheiterten jedoch an der kompromißlosen Haltung der Mehrheit der aus dem AKS ausgetretenen Mitglieder.

<u>DOKUMENT 2</u>

Auszug aus dem Papier der
SEKTION SOZIALISATION vom April 1969

<u>Entstehung und Ziele der Sektion Sozialisation:</u>
Die kurze Geschichte der Sektionsbildungen an den soziologischen Instituten ist geprägt durch das Interesse, die eher defensiven Verweigerungsaktionen gegenüber technokratischen Formierungsprozessen in der Universität zugunsten praktikabler Formen der Selbstorganisation des Studiums, der Neugewinnung und Ausarbeitung eines kritischen Wissenschaftsbegriffes und der Entwicklung konkreter Ausbildungs- und Berufsperspektiven zu überwinden.

Sah man eine Zeit lang eine Lösung in der Zerschlagung der Soziologie selbst, wodurch allein eine wirkliche Hinwendung zur Praxis möglich schien, indem nicht "wissenschaftlich qualifizierte", aber auch nicht korrumpierte, berufslose Studenten in die Rolle des Berufsrevolutionärs gedrängt würden, so erwies sich doch der hinter dieser Konzeption sichtbar werdende Praxisbegriff als ähnlich obsolet wie der bisher praktizierte konkurrenzlose Theoriebetrieb, selbst in seiner Erscheinungsweise der "Kritischen Universität".

Eine Perspektive eröffnete und materialisierte sich schließlich in den Sektionen, als in den Konfliktbereichen an der "sozialen Basis", in der Betriebs-, Bildungs- und Sozialarbeit, in den Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen und Heimen relevante Gruppen ihr Bedürfnis nach Überwindung konsequenzloser Praxis artikulierten, für ihre Aufgaben theoretische Korrektive und gesamtgesellschaftliche politische Strategien erarbeiteten und sich direkt an die sozialistischen Studenten wandten, von denen sie Unterstützung für alle nur möglichen Emanzipationsversuche wiederholt angeboten bekommen hatten, die aber nur selten realisiert wurde.

Unter dieser Perspektive gilt es nun, die wissenschaftliche Arbeit nicht nur einfach aufzugeben, sondern endlich auf eine Ebene zu heben, auf der die Verbindung mit den konkreten Bedürfnissen der in den sozialen und politischen Konflikten Stehenden gelingen und das Studium als praxisbezogenes erst verbindlichen Charakter gewinnen kann.

Fortsetzung S.15

Fortsetzung von S. 14

Es gilt , bisher verdrängte theoretische A nsätze in A nwendung auf die offenen praktischen Bereiche neu zu erproben und auszubauen. Diese Arbeitmuß wiederum in einer politischen Stra tegie stehen, mit der erst der Kampf um die notwendigen Investitionen und die diesen vorausgehenden gesellschaftlichen Umwälzungen für neue Sozialisations- und Erziehungskonzeptionen geführt werden, genuin soziologische Berufe erst erschlossen werden können.

In einer auf solidarische Zusammenarbeit angewiesenen Organisation- wie der Sektion - erst können sich die Interessen der mit Depriviations- und Motivationstheorien beschäftigten Studenten verbinden mit jenen der Sozialarbeiter, die sich immer mehr als Handlanger eines "aufgeklärten" Sozialdarwinismus erkennen, die die "im Kampf ums Dasein Unterlegenen" nicht mehr dem "Untergange weiht, sondern der Sozialfürsorge zuweist ; dort finden an nicht - repressiven Erziehungsmodellen Arbeitende die Unterstützung von Kindergärtnerinnen und Eltern, die ihre Rolle als Vermittlungsagenten auf Unterdrückung abgestellter gesellschaftlicher Mächte in die Köpfe der kinder in Frage stellen; von ihr aus sollen Modelle herrschaftsfreier und emanzipativer Lernprozesse die Chance erhalten, in der Umsetzung durch kritische Lehrer und Schüler ihre Lebensfähigkeit zu erweisen.

Nachtlager

Ich höre, daß in New York, an der Ecke der
26. Straße und des Broadway während der
Wintermonate jeden Abend ein Mann steht
und den Obdachlosen, die sich ansammeln,
durch Bitten an Vorübergehende ein Nachtlager
verschafft
Die Welt wird dadurch nicht anders
die Beziehungen zwischen den Menschen bessern
sich nicht
das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht
verkürzt
Aber einige Männer haben ein Nachtlager
der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße
Leg das Buch nicht nieder, der Du das liesest,
Mensch
Einige Menschen haben ein Nachtlager
der Wind wird von ihnen eine Nacht lang abgehalten
der ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße
Aber die Welt wird dadurch nicht anders
die Beziehungen zwischen den Menschen bessern sich
dadurch nicht
Das Zeitalter der Ausbeutung wird dadurch nicht
verkürzt

Brecht

Kindertagesstätten :

(SITUATION UNVERÄNDERT)

Der Abdruck der Zuschrift in der SPK ist nicht erfolgt, weil wir die spezielle Werbung für diesen Arbeitskreis für erforderlich halten.
Vielmehr soll damit erreicht werden, daß der Leser sich immer wieder ins Bewußtsein ruft, daß die derzeitige Situation im Erziehungsbereich immer noch völlig unzulänglich ist.
Die Ursache dafür ist u.a. in dem isolierten Arbeiten der verschiedensten Gruppen zu suchen.

Unserer Information nach existieren in West-Berlin z.Zt. mindestens vier Gruppen, die sich mit den Problemen von Kindertagesstätten und Heimen befassen, von den kleineren Initiativgruppen ganz zu schweigen.
Ein derart parzelliertes Arbeiten muß ineffektiv sein und dazu beitragen, die oppositionellen Kräfte in der Auseindersetzung mit der Bürokratie überflüssigerweise zu schwächen.

Wir fordern deshalb alle in diesem Bereich initiativ gewordenen Gruppen auf, untereinander Kontakt aufzunehmen und zu klären, inwieweit eine Zusammenarbeit möglich ist.

das Redaktionskollektiv

ZUSCHRIFT

Aufgrund der Erkenntnis, daß die Misere in den Kindertagesstätten kein vereinzeltes und isoliertes, sondern ein allgemeines Problem ist, haben wir uns in Spandau zu einem Arbeitskreis von Erziehern zusammengeschlossen.
Durch die Erarbeitung sozialwissenschaftlicher Aspekte für den gesamten Bereich der vorschulischen Erziehung - von der Krippe bis zur Vorschulgruppe - haben wir erkannt, daß wir den Anforderungen, dem Kind Grundlagen zur Entwicklung einer vielseitig gebildeten, selbständigen Persönlichkeit zu geben, unter den bestehenden Arbeitsbedingungen nur ungenügend gewachsen sind.
Deshalb forderten wir bereits im Februar 1971:
"Um eine qualifizierte Arbeit in den Kindertagesstätten leisten zu können, ist eine Unterstützung durch geeignete Psychologen unbedingt erforderlich. Die Mitarbeit eines Psychologen ist zumindest bei folgenden Aufgaben unerläßlich:

1. Beratung bei Erziehungsproblemen
2. Unterstützung bei einer intensiven Elternarbeit
3. Anleitung zur Teamarbeit

Ferner müßten uns die Psychologen bei der Entwicklung geeigneterer Formen der Gruppenarbeit unterstützen und uns neue Erkenntisse aus dem Gebiet der Psychoanalyse und Soziologie vermitteln. Letzteres wird um so notwendiger, wenn man bedenkt, daß die Kindergärtnerinnen vor immer neuen Anforderungen stehen, denen sie - aufgrund ihrer all zu oft mangelhaften Aus-

bildung und ihrer, trotz Senatsversprechungen nicht ganz abgebauten Überlastungen - nicht gewachsen sind.

Deshalb fordern wir:

1. Die Einstellung jeweils eines Psychologen für zwei Tagesstätten

2. Mitbestimmung eines größeren Kreises von Kindergärtnerinnen bei der Einstellung der Psychologen."

Diese Forderungen unterstützten 150 Spandauer Erzieher mit ihrer Unterschrift.
Sie verlangten gleichzeitig vom Stadtrat der Abt. Jugend u. Sport in Spandau eine positive Antwort. Das Resultat mehrerer Gespräche zwischen dem Stadtrat und Vertretern des Arbeitskreises war, daß uns die Beantragung von Planstellen für 2 Psychologen und evtl. Honorarmittel für 2 Sozialwissenschaftler für den Haushaltsplan 1 9 7 3 in Aussicht gestellt wurde.
Wir können und dürfen uns nicht mit dieser Verzögerungstaktik der Senatsstellen einverstanden erklären. Diese Forderungen dürfen nicht auf den Bezirk Spandau beschränkt bleiben.

Wir haben in Spandau den Anfang gemacht, jetzt gilt es, den Forderungen in allen Bezirken Nachdruck zu verleihen.

Arbeitskreis der Spandauer Kindergärtnerinnen
Kontaktadresse: Gabriele Jentsch,
1 Berlin 20, Elsgrabenweg 24

Zur politischen Situation in der BRD

Unter dem Titel "Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik" gibt das Sozialistische Büro eine Broschüre heraus, die ein Beitrag zur Organisierung sozialistischer Arbeit und zur Kooperation von Sozialisten in der Bundesrepublik leisten will.

Wir veröffentlichen nachstehend ein Kapitel der Broschüre, die über das Sozialistische Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, für 2,-- bezogen werden kann.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik nach 1945 ist durch die Schärfe gekennzeichnet, mit der der Kalte Krieg in diesem Lande geführt wurde. Hierzu trugen die antikommunistische Politik des Roll-back, die Teilung Deutschlands, die stalinistische Politik in der UdSSR und in der damaligen SBZ, die unmittelbare Konfrontation mit dem anderen System und die Anknüpfung an jene schon im faschistischen Antikommunismus angelegten Bewußtseinsstrukturen entscheidend bei.

Die Liquidierung der sozialistischen und kommunistischen Organisationen, eines großen Teils ihrer Kader durch den Faschismus und die systemangepaßte Tradition der Sozialdemokratie führten dazu, daß sich nach 1945 nur schwache Ansätze einer sozialistischen Politik herausbildeten, wobei diese noch durch die westlichen Besatzungsmächte zurückgedrängt wurden. Im Unterschied zu anderen westeuropäischen kapitalistischen Ländern sind deshalb in der BRD die systemstabilisierenden Kräfte stark und die sozialistischen besonders schwach.
Trotz zunächst verbreiteter antikapitalistischer Tendenzen konnten die kapitalistischen Klassenverhältnisse in der BRD wieder stabilisiert werden.

25 Jahre lang stiegen mit nur geringen zwischenzeitlichen Rezessionen das Sozialprodukt und der Lebensstandart breiter Massen. Wirtschaftliche u. politische Stabilität waren größer als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern, und die Propaganda von einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft konnte die Tatsache der Klassenherrschaft weitgehend aus dem Bewußtsein der Bevölkerung verdrängen. Die sozialen Folgen der für die kapitalistischen Gesellschaften typischen Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in nur wenigen Händen konnten aufgrund der sozialstaatlichen Traditionen Deutschlands gemildert werden. Die Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftssystems wurden so zunächst in der BRD bei weitem nicht so deutlich wie in einigen anderen westeuropäischen Ländern.

Dazu trug auch das zunächst geringe imperialistische Engagement der BRD in der 'Dritten Welt' bei. Zwar hat die BRD sich in der 'Dritten Welt' durch Kapitalexporte und politisch bestimmte Kredite engagiert. Sie segelte dabei jedoch zumeist im Windschatten der imperialistischen Politik anderer Staaten, insbesondere der USA, ohne sich selbst in starkem Maße zu engagieren. Daß hierin der Keim für eigene imperialistische Politik enthalten war, stellt sich gerade in jüngster Zeit immer deutlicher heraus.

Die Veränderungen der weltpolitischen Konstellation, oppositionelle Kampagnen und die später einsetzende Studentenbewegung haben aber auch in der BRD die Ideologie des Antikommunismus brüchig werden lassen und kritisches Potential gerade dort entwickelt, wo bestimmte soziale Bedürfnisse im Zuge des kapitalistischen industriellen Aufbaus nicht berücksichtigt wurden. Hier geht es vor allem um den großen Bereich des Bildungswesens. Studenten, Schüler und Lehrlinge legten durch ihre Protestaktionen die quantitative wie qualitative Misere des herrschenden Ausbildungssystems offen, womit an einer strategisch entscheidenden Stelle der Widerspruch zwischen 'privatem Reichtum'(nämlich enormem Kapitalzuwachs und Profit einer kleinen privatwirtschaftlichen Herrschaftsschicht) und 'öffentlicher Armut'(nämlich Unterversorgung der abhängigen Massen, hier: im Qualifikationssystem) auf nicht mehr zu übersehende Weise deutlich wurde. So wurden Einsichten vermittelt, diesen strukturellen Widerspruch auch an anderen Stellen zu erkennen und offenzulegen, wie etwa am Problem der infrastrukturellen Versorgung (der Sicherung zumutbarer Wohnverhältnisse, des Umweltschutzes usw.).
So entwickelte sich der Versuch, die zentralen Tatbestände eines staatlich verschränkten Monopolkapitalismus aufzudecken und die sie verschleiernden Ideologien anzugreifen.
Dieser Prozeß wurde vor allem durch die von der außerinstitutionellen Opposition erzwungene öffentliche Diskussion des Vietnam-Krieges beschleunigt. Obwohl heute sowohl Kampagnen wie auch Studentenbewegungen organisatorisch weitgehend zerfallen sind, wirken doch die Anstöße dieser Bewegungen in den verschiedensten Bereichen weiter.

Zu gleicher Zeit ist in Westdeutschland die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die lange Jahre hindurch angesichts des 'Wirtschaftswunders' und mit Hilfe der Ideologie der Sozialpartnerschaft verhüllt und aus dem Bewußtsein verdrängt werden konnte, wieder in Aktionen der Industriearbeiterschaft (die spontanen Steiks) offenbar geworden. Unter den Arbeitern und Angestellten wächst die Bereitschaft, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr kampflos der Bestimmung durch Unternehmer einerseits und ver- .

selbständigte Gewerkschaftsapparate andererseits zu überlassen.

In den großen Industriebetrieben, in den Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben wird heute ein ungeheurer Leistungsdruck auf die Beschäftigten ausgeübt. Überstunden und Akkordtreibereien, neue Lohn- und Leistungsfindungsmethoden steigern die Arbeitsintensität mehr und mehr. Überall dort, wo die Hochmechanisierung, die Halb- und Vollautomation noch nicht erfolgreich angewandt werden kann, hat eine neue Form der Arbeitsteilung Bedeutung gewonnen: Fließbandproduktionen und die Anwendung neuer Fertigungsverfahren führen dazu, daß einerseits einstmals qualifizierte Arbeiten in immer kleinere und kürzere Arbeitsvorgänge zerlegt werden, die die Beschäftigten dazu zwingen, gedankenlos monoton im immer schnellerem Tempo zu arbeiten. Noch niemals in der Geschichte des Kapitalismus wurden auch so viele Frauen aus der industriellen Reservearmee herangezogen und in Fabriken, Büros und Verwaltungen für solche monotone Arbeit als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Bilden sie und die ähnlich fungiblen Gastarbeiter die untersten Schichten der Arbeiterklasse, so verlangt andererseits die Entwicklung der Produktivkräfte immer mehr technisch hochqualifizierte oder wissenschaftlich ausgebildete Lohnarbeiter, die zur selbständigen Leitung von Produktionsprozessen in der Lage sind, aber den Gesetzen des Kapitalismus und der autoritären Herrschaft der kapitalverwaltenden Manageroligarchie unterworfen werden.

Der technische Fortschritt, Hochmechanisierungen und Automation, das Vordringen von Computern, Kunststoffen und neuen Fertigungsverfahren verändern die Arbeitswelt stetig und gründlich. Die Konzentrationsvorgänge in der Wirtschaft führen zur Schließung von Klein- und Mittelbetrieben und zu Rationalisierungsprozessen. Diese Entwicklung hat die Angst um den Arbeitsplatz wieder aufleben lassen. Zechenschließungen und Rezession im Jahre 1966/67, die bevorstehende Rationalisierung in der Eisen- und Stahlindustrie rücken die Sorge vor der Arbeitslosigkeit wieder in das Bewußtsein der Abhängigen.

Überall in Betrieben, Büros und Verwaltungen, wo Leistungsgrenzen erreicht werden, brechen Gegensätze auf und wird die autoritäre Herrschaft feindlicher Interessen bewußt. Gezielte Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, Versetzungen, die mit Lohneinbußen verbunden sind, kennzeichnen wieder die Arbeitswelt. In dieser Situation können aktuelle Anlässe Steikbewegungen auch gegen den Widerstand der Gewerkschaftsorligarchien in Gang setzen.

Nach anfänglichem Zögern der Machteliten in der BRD gegenüber systemkritischen Gruppen, versucht inzwischen eine Gegenbewegung zu kanalisieren und zu integrieren, aber auch offen zu unterdrücken. Diese Gegenbewegung kann sich sowohl auf herkömmlich konservative oder faschistische, als auch auf 'technokratische' Kräfte stützen, die an Stelle überholter Organisationsformen den Anforderungen moderner Kapitalverwertung besser entsprechende setzen wollen. Daß in dieser Phase die Regierung zeitweise systemimmanent reformerischen Kräften überlassen wird, kommt der 'Modernisierung' des Systems entgegen. Allerdings ist es keineswegs gewiß, ob sich Anpassungsreformen zugunsten der kapitalistischen Erfordernisse reibungslos vollziehen lassen, oder ob in ihrem Verlauf die Grenzen des Systems deutlicher und damit systemüberwindende Ansätze begünstigt werden.

Da die allgemeine Systemstabilisierung für die herrschende Klasse politisch zweifellos vor modernisierenden Anpassungsreformen rangiert, ist damit zu rechnen, daß nach einer gewissen Periode der 'Reformen' die Tendez zur autoritären Herrschaftsstabilisierung sich wider stärker durchsetzen wird. Die mögliche Rolle der durch professionelle Umstrukturierung und durch die westeuropäische Integration in ihrem sozialen Status bedrohten Schichten für das Aufkommen einer neuen faschistischen Massenbasis muß in diesem Zusammenhang von einer sozialistischen Strategie berücksichtigt werden.

LFI antwortet SPK

LEHR- UND FORSCHUNGSINSTITUT
FÜR DYNAMISCHE PSYCHIATRIE
UND GRUPPENDYNAMIK (LFI)
Ausbildungsinstitut für Psychoanalyse
Direktor: Dr. med. Günter Ammon

An die
Sozialpädagogische Korrespondenz
1 Berlin 12
Kantstr. 71 II

Offener Brief an den Berliner Extra-Dienst und die Sozialpädagogische Korrespondenz

Sehr geehrte Herren,

der Berliner Extra-Dienst bringt in seiner Ausgabe Nr. 22/V vom 20. März Auszüge aus einem Heft der "Sozialpädagogischen Korrespondenz " Nr. 15/16 vom 2. 3. 1971, das, wie er schreibt, sich "kritisch mit den Theorien der Gruppendynamik auseinandergesetzt" hat.

Die Arbeiten dieses Heftes und die Zitate, die Sie daraus bringen, sind nun allerdings exemplarisch für die hilflose Stolperei, mit der einige "linke" Gruppen an ihren eigenen Problemen vorbeimarschieren. Wie schwer diese Gruppen unter den destruktiven Manifestationen ihrer eigenen unbewußten Dynamik leiden, darüber informiert nicht zuletzt der Extra-Dienst recht genau (vgl. Bericht über die Vorbereitung einer gemeinsamen Maidemonstration 1971).

Aber nun zum"Kollektiv von Westberliner Kindergärtnerinnen, Erziehern, Jugendpflegern und Sozialarbeitern", das uns in der Sozialpädagogischen Korrespondenz mitteilt:
"In den gruppendynamischen Seminaren treffen sich Menschen, die durch ihr Einverständnis mit den Teilnahmebedingungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht worden sind .... Gesellschaftliche Ungleichheit ist gleichgemacht, und so können die Probleme als 'rein' menschliche Probleme erscheinen." Aber, warnt das Kollektiv, "die Aufhebung verdinglichter Beziehungen ist scheinbar und illusionär.", denn das"objektive Verhältnis" zwischen Arbeitern und Unternehmern ist "kein rein menschliches, sondern ein gesellschaftlich vorgegebenes Verhältnis der Ungleichheit, konkreter ein Verhältnis der Ausbeutung."

Das ist nun sicher wahr, und wird von niemandem bestritten werden können. Aber für die Arbeit der Verändnderung, die getan werden soll, ist ein solcher papierner Gemeinplatz die eine (vom Verf.selbst verbessert, die Red.)unzureichende Basis. Denn mit dieser Spruchweisheit kann man niemandem bewegen, nicht einmal sich selbst. Und auch die ständige Wiederholung bringt niemand in Wallung und mobilisiert nirgendwo die Kräfte, welche die Situation verändern könnten. Da hat vielmehr eine ganze Gruppe wieder einmal die schwere Arbeit getan, sich selbst und anderen klarzumachen, daß nichts geschieht, was nicht schon längst bekannt wäre, und daß nichts getan werden kann.

Wie wenig es das Ziel dieser "kritischen Auseinandersetzung mit den Theorien der Gruppendynamik" ist, eine wirkliche Kräfteanalyse zu machen - und Gruppendynamik hätte darin ihren Stellenwert - , das geht auch aus den übrigen Beiträgen hervor, die einfach feststellen, daß, verglichen mit dem alles bestimmenden Faktum der Ausbeutung, alles andere Nebensache, Firlefanz und Nonsense ist, Sand für die Augen der Revolutionäre und Schminke in den Händern der Apologeten und Mystifikateure des Systems.

Nun ist seither in der Geschichte revolutionärer Bewegungen die Analyse der "objektiven Kräftedynamik" verbunden gewesen mit einer Analyse der eigenen Dynamik. Denn wer die Gesellschaft umwälzen will, muß sich ja der eigenen Kräfte versichern und nach Gegnern und Verbündeten eben auch in sich selbst und in der eigenen Gruppe fragen. Da ist es doch gut, wenn man sich diese Arbeit der kritischen Analyse, die eben auch eine kritische Selbstanalyse sein muß, ersparen kann. Beim ersten Anlauf zu einer solchen Untersuchung taucht dann das längst Bekannte wieder auf, man findet einen "Ausbeuter", der aus der Selbstuntersuchung Profit ziehen könnte. Und eine Analyse der eigenen Kräfte, die dem Klassenfeinddient, die fängt man besser nicht erst an. Da sind wir dann wieder am Beginn und können uns ausruhen auf der kleinsten gemeinsamen Basis eines Gemeinplatzes, der auch, wenn er noch so oft wiederholt wird, niemandem zu nahe tritt und keinem weh tun kann.

Auch die Gruppe der Sozialarbeiter von der Familienfürsorge Kreuzberg hat diesen Zirkel nur einmal exerziert. Sie hat, wie es heißt, mit dem Lehr- und Forschungsinstitut für Dynamische Psychiatrie und Gruppendynamik (LFI) "Kontakt aufgenommen" und hat, "um ihr Urteil zu überprüfen", den "bekanntesten Fachmann für Gruppendynamik", Dr. med. Günter Ammon, aufgefordert sich selbst und die Arbeit des LFI zu legitimieren.

Jeder, der weiß, wie ein Vorurteil funktioniert und welch gute Dienste es leistet, wenn es darum geht, die eigenen Konflikte vom Bewußtsein fern zuhalten, hat hier ein Beispiel. Denn diese Gruppe wollte zwar einerseits Gruppendynamik studieren, sie wollte aber andererseits über sich selbst auch nicht zu viel erfahren. Sie wollte, daß ihre Konflikte gleichzeitig sichtbar werden und unsichtbar bleiben sollten. Sie wollte ihre Schwierigkeiten besprechen, aber diese Schwierigkeiten sollten möglichst nicht auftauchen und so fort.

Aber niemand kann seinen Kuchen essen und ihn gleichzeitig behalten wollen. Die Sozialarbeiter der Familienfürsorge Kreuzberg, auf der Suche nach einer neuen Lösung für dieses Problem, nahmen also erst einmal "Kontakt" auf, gaben dann in zwei ausgedehnten Vorbesprechungen zu erken[nen], daß sie ihre Konflikte wohl studieren aber nicht spüren wollten, daß sie ihren Pelz waschen, aber auf keinen Fall naßmachen wollten. Sie stellten einen ganzen Katalog einander widersprechender Forderungen auf, der immer länger wurde, je weiter der Kontakt gedieh. Schließlich, als es klar wurde, daß die Gruppe nicht eine gruppendynamische Selbsterfahrung wollte, sondern im Gegenteil die Bestätigung, daß sie das nicht nötig habe, wurde sie fortgeschickt, denn solche Aufträge nimmt das LFI nicht entgegen.

Jetzt lamentiert diese Gruppe, das LFI habe sie ausnehmen wollen. Geht hausieren mit der Summe des vereinbarten Honorars, das sich weit unter der unteren Grenze der bei anderen Instituten üblichen Forderungen bewegt, und versucht, Dr. Ammon mit erfundenen Zitaten zu einem pöbelhaften Dummkopf und gerissenen Ausbeuter zu stilisieren.

Das Ganze wäre nicht so tragisch, wenn es nicht beispielhaft wäre für die angestrengte Projektionsarbeit einiger sogenannter "linker" Gruppen, die, weil sie ihren wirklichen Gegner nicht kennen oder nicht anzugreifen wagen, sich dort mit Vehemenz gegen eine eingebildete Manipulation und Ausbeutung wehren, wo es darum geht, herauszufinden, welche ihrer Schwierigkeiten nicht verstanden und aufgehoben sind in der Spruchweisheit "sozialistischer" Gemeinplätze. Zur revolutionären Arbeit gehört eben mehr, als tapfer unverstandene Begriffe zu klopfen und sich hinter Ritual und Phrase zu verbergen. Revolutionäre Arbeit, die als Klassenfeind nur einen Pappkameraden ertragen kann, und der wird notfalls aufgebaut, ist nichts als der verzweifelte und lächerliche Versuch, sich die eigene Hilflosigkeit und Impotenz zu verbergen.

Das könnte vielleicht als Spielerei genossen werden, wenn nicht der blutige Ernst dieser Gruppen, die lieber über Leichen gehen, als ihre eigenen Konflikte sich zu vergegenwärtigen, seine Opfer fordern würde. Daß der Berliner Extra-Dienst dies freiwillig oder unfreiwillig noch befördert, indem er ein ängstliches Vorurteil als kritische Analyse verkauft, macht ihn nicht stärker, sondern schwächer.

Hameister

Die Gegendarstellung des Instituts des Herrn Dr.med Ammon spricht für sich selbst,daher enthalten wir uns jedes Kommentars.

das Redaktionskollektiv

Fortsetzung von S.7

GERICHT: ALLE BEWERBER WERDEN AUFGENOMMEN

Fachschule für Sozialarbeit erlitt Schlappe/ 320 Kandidaten hoffen

Die Staatliche Höhere Fachschule für Sozialarbeit in Frankfurt hat eine Schlappe erlitten. 22 Bewerber, die von der Schule zum Beginn des Sommersemesters abgewiesen worden waren, dürfen jetzt nach einem Beschluß des Verwaltungsgerichts studieren.

Dieser Spruch macht auch den 320 Kandidaten Hoffnungen, die sich für das Wintersemester 1971/72 einschreiben lassen möchten. Da die Schule höchstens 120 zulassen will, sollte vor kurzem mit einem Testverfahren ausgesiebt werden. Alle Studienbewerber lehnten das Ausleseverfahren ab.

Am Anfang des Sommersemesters 71 waren es erst vier, die das Gericht um Hilfe zum verwehrten Studium anriefen. Die Kammer gab ihren Anträgen statt. Weitere 19 folgten. Beim ersten Anlauf hatten nur neun Erfolg.

Aber die Kandidaten steckten nicht auf. Mit den Kommilitonen von der Schule demonstrierten sie Mitte Mai mit einem Protestmarsch. Die Richter fürchteten einen Sturm auf das Verwaltungsgericht. So ließ der Präsident damals die Pforte verschließen. Aus dem Fenster des Justizgebäudes redeten die Juristen mit den Demonstranten. Ihr Ratschlag: "Bringt uns bessere Argumente für die Kapazität der Schule!".

Das ließen sich die Nichtzugelassenen nur einmal sagen. Elf Dozenten behaupteten, bis zu 82 Studierende könne die Schule verkraften. Zuletzt wurde dem Gericht eine Mitteilung des Übergangsrektors der Anstalt vorgelegt, in der als oberste Kapazitätsgrenze die Zahl 90 statt ursprünglich 60 angegeben wurde.

Von diesen Argumenten ließ sich die Kammer überzeugen. Einschließlich zweier Nachzügler verschaffte das Verwaltungsgericht allen Bewerbern den Zugang zum Studium.

Frankfurter Rundschau v.9.7.71

WIR ERINNERN:

Zum Wintersemester 70/71 hatten sich Bewerber bei der Staatlichen Höheren Fachschule für Sozialarbeit in Frankfurt einem strengen Ausleseverfahren unterzogen. 71 der Bewerber wurden zugelassen, die übrigen der 175 Bewerber erhielten ablehnende Bescheide. Die zukünftigen Sozialarbeiter wandten sich gegen die Studienbeschränkung, den Numerus clausus an dieser Schule an das Frankfurter Verwaltungsgericht. Das Ausleseverfahren wurde als rechtswidrig in Frage gestellt.

Allen Antragstellern sprach die Kammer das Recht auf einen Studienplatz zu. Außerdem stellte die Kammer fest, fehlten der Schule sowohl für die Beschränkung der Studienplätze wie auch für das Ausleseverfahren die gesetzliche Ermächtigung. (Aktenzeichen: Verw.Gericht Ffm.II/1-G-266/70

Frankfurter Rundschau v. 1. 12. 70

STATT RÄUME FÜR 5000 JUGENDLICHE – PRÜGEL VON DER POLIZEI !

Spendenaufruf für die Solidaritätskasse 1.Mai 7o im Märkischen Viertel

Am 1. Mai 197o demonstrierten rund 2oo Kinder, Jugendliche, Bürger des MVs zusammen mit Studenten und Sozialarbeitern, die im MV arbeiten, für die Beschaffung von Räumen. Die Situation für Kinder und Jugendliche war untragbar geworden nach der Schließung der Brücke, des Schülerladens und zweier anderer Initiativgruppen. 5000 Jugendliche im MV besaßen keinen einzigen Raum für die Freizeit.

Deshalb war im Anschluß an eine Kindertheatervorführung beschlossen worden, ein leerstehendes Haus (am Seggeluch-Becken) demonstrativ zu besetzen, um auf die Mißstände hinzuweisen.Die Polizei, einseitig über APO-Einsatz informiert,verhinderte die Besetzung durch ihre Anwesenheit.

Daraufhin wurde beschlossen, die leerstehende (so die offizielle Auskunft) Fabrikhalle am Königshorster Weg zu besetzen, die schon seit dem Vorjahr mehreren MV-Gruppen für Kinder- und Jugendarbeit versprochen war.

Nachdem sich der Demonstrationszug in der Halle versammelt hatte, wurden die Männer, Frauen und Kinder von 15o-2oo bewaffneten Polizisten angegriffen. Keine Rücksicht wurde auf Frauen und Kinder genommen, viele der Demonstranten verletzt durch Stockschläge und Tritte,so daß einige ins Krankenhaus mußten. 2o Demonstranten wurden festgenommen und abtransportiert.

Nach diesem brutalen Polizeieinsatz schüchterte man die Presse ein, indem man exemplarisch die nächste MVZ-Nummer vom Juni in einer nächtlichen Einbruchsaktion beschlagnahmte und gegen die gesamte Redaktion ein Verfahren wegen falscher Berichterstattung einleitete. Das Verfahren mußte kurz darauf eingestellt werden, was die Polizei veranlaßte,gegen jedes Redaktionsmitglied privat Klage zu erheben.



Viel wichtiger für uns sind aber die Prozesse gegen die Demonstranten, die man verhaftet bzw. durch Spitzel identifiziert hatte. Diese Welle von Prozessen wegen schwerem Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung dauert noch weiter an.Bisher sind 7 Prozesse entschieden worden, die Kosten der Verfahren betragen bei jedem Prozeß ca.6o-15o.-DM, und die Strafen liegen zwischen 3oo.- und 6oo.-DM. Außerdem haben sämtliche Zeugen, die bisher ausgesagt haben (weil sie mit in der Halle waren), ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch bekommen. Ebenso wird es allen weiteren Zeugen gehen. Wegen dieser gemeinsamen Aktion von Justiz und Polizei und politischer Führung gegen die Interessen der MV-Bürger müssen wir um aktive Unterstützung für die Betroffenen bitten, da diese nicht allein die Kosten tragen können. Unterstützt die Demonstranten vom 1.Mai 7o, die im MV für die Rechte der Kinder und Jugendlichen gekämpft haben mit Geldspenden an die Solidaritätskasse MV PSchKto. Nr. 31 30 32

SPENDENKONTO:

Wir bitten, S p e n d e n und U n k o s t e n b e i t r ä g e einzuzahlen auf das Postscheckkonto Berlin-West 10 10 85
Manfred Rabatsch - Sonderkonto -

IMPRESSUM:

Verantwortlich für den Inhalt:
R e d a k t i o n s k o l l e k t i v
Eve Bösser, Anschrift der Redaktion:
SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ
1000 Berlin 12, Kantstr. 71, II Te.0311/317432

Druck: C. Bartning, 1 Bln. 41, Ahornstr. 23